

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährl. 3,50 M., monatl. 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühren
 Beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen
 je Zeile ober deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Inserate
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Zeitungsm.-Vertrieb:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 20. Dezember 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Kleinbauern und Zölle.

II.

Was muß der Bauer, dessen Besitzstand wir in dem ersten Artikel zeichneten, an Futtermitteln für seinen Viehbestand hinzukaufen? Stellen wir zunächst fest, wie viel Vieh für die Berechnung in Betracht kommt. Angenommen, daß die Schweine gänzlich von den Abfällen aus der Haushaltung und dem Gemüsegarten erhalten werden, bleiben vier Kühe und ein Ochse. Von diesen bedarf der Ochse etwas mehr Futter als eine Milchkuh, eine der Kühe — wie wir später sehen, kauft unser Bauer jedes Jahr ein Stück Jungvieh an und verkauft dafür die fetteste Kuh — dagegen etwas weniger, wir können also 5 Stück Großvieh rechnen.

Die Frage, was zu dem in der vorigen Nummer des „Vorwärts“ aufgezählten Futtermittelverbrauchs hinzugekauft werden muß zur rationellen Ernährung dieses Viehbestandes, dürfte von Landwirten verschiedener Gegenden ziemlich verschieden beantwortet werden. Nicht nur wird in der einen Gegend diesen, in einer anderen jenen Futtermitteln der Vorzug gegeben, je nach den besonderen lokalen Marktverhältnissen und den überlieferten Gewohnheiten, sondern auch betreffs der Menge werden Meinungsverschiedenheiten auftauchen, wie denn auch die Ansprüche an den Fleischgehalt des Viehes und an die Qualität der Milchprodukte in den einzelnen Gegenden recht verschiedene sind. In Bayern wird durchweg gutes Vieh gezogen.

Um einer langen Auseinandersetzung zu entgehen, halten wir uns am besten an die von den wissenschaftlichen Autoritäten aufgestellten Normen. Professor G. Krafft schreibt darüber in seiner „Betriebslehre“, V. Aufl., S. 52 (vergl. auch dessen „Tierzuchtlehre“, S. 123):

„Das Lebendgewicht eines Stüdes Großvieh wird zu 5 Doppelcentnern = 500 Kilogramm angenommen. Nach den Nährstoffnormen für Milchvieh entfallen für 5 Doppelcentner Lebendgewicht im täglichen Futter durchschnittlich 12,5 Kilogramm Trockensubstanz, 1,3 Kilogramm stickstoffhaltige Nährstoffe und 6,5 stickstofffreie Nährstoffe oder jährlich 45,8 Doppelcentner Trockensubstanz, 4,7 Doppelcentner stickstoffhaltige und 24 Doppelcentner stickstofffreie Nährstoffe. Der Futterbedarf eines Stüdes Jungvieh ist durchschnittlich halb so groß, eines Schaafes 0,1 mal so groß, als der einer Kuh zu 5 Doppelcentner Lebendgewicht; ein Stüd Jungvieh ist daher zu 0,5, ein Kalb zu 0,2, ein Schaaf zu 0,1, ein Schwein zu 0,2 und ein Pferd zu 1—1,15 Stüd Großvieh zu rechnen.“

Vegen wir der Berechnung diese keineswegs übertriebenen, sondern durchaus normalen Anforderungen zu Grunde, so ergibt sich sofort, daß neben Heu, Luzerne etc., vor allem noch eine ziemliche Portion Kraftfutter hinzugekauft werden muß. Durch Stroh, Heu und Kartoffelfütterung wird kein Hindvieh fett und ebensowenig eine große Milchergiebigkeit erzielt (das Wiesenheu enthält etwa 5/8 Proz. Protein und 1 Proz. Fett, das Stroh hat nur ungefähr den halben Nährwert des Heus), von den 11 Doppelcentnern Futtergerste aber kommt auf das einzelne Rind pro Tag noch nicht 1/4 Pfund.

Soll den obigen Nährstoff-Normen entsprochen und zugleich auf Verdaulichkeit des Futters gehalten werden, dann müssen hinzugekauft werden:

ca. 20—25 Doppelcentner	Futtergerste und Futterroggen.
20	Wais.
20	Biden, Bohnen, Lupinen etc.
80	Futterrüben, Kartoffeln etc.
60	Wiesenheu und Luzerne.
15—20	Oelkuchen, Kleie etc.

Selbst dann entspricht die Fütterung noch nicht ganz der aufgestellten Forderung. Natürlich steht es dem Bauer frei, im einzelnen eine andre Auswahl zu treffen, z. B. anstatt des Futterroggens Gerste, oder anstatt der Gerste ein größeres Quantum Wais zu nehmen. Letzterer ist noch nahrhafter, als Gerste, Roggen etc. und wird deshalb in steigendem Maße in Deutschland zur Verfütterung an das Vieh eingeführt; 1896 betrug die Einfuhr in Deutschland erst 51, im letzten Jahr (1900) bereits 129 Millionen Mark.

Berechnen wir nun, welche Mehrausgabe dem Bauer, wenn der neue Zolltarif Annahme finden sollte, aus diesem Futtermittelkauf erwächst. Der Bund der Landwirte will in seiner Besorgtheit um die Interessen der viehhaltenden Kleinbauern bekanntlich auch Stroh, Heu, Klee, Kartoffeln, Kleie etc. mit Zöllen belegt wissen, und tatsächlich forderte der vom Ministerium des Innern in folglicher Anbequemung an die junkerlichen Wünsche hergestellte Tarif denn auch für Kleie, Oelkuchen, feste Delirüstände einen Zoll von 1 M. pro Doppelcentner; dem Bundesrat scheint aber dieser Unfuss doch allzuweit gegangen zu sein, wenigstens hat er nachträglich die betreffenden Zollsätze wieder gestrichen. Als Artikel, welche mit Zollerhöhungen bedacht sind, kommen daher nur Futtergerste und Roggen, Wais, Biden und Bohnen in Betracht. Bei Gerste und Roggen beträgt die Spannung zwischen dem bisherigen Vertragsfuß und dem geforderten Mindestfuß 1 M. resp. 1,50 M., bei Wais zwischen dem jetzigen und dem in den Tarif eingestellten allgemeinen Satz 2 M., bei Bohnen und Biden 0,50 M. Demnach ergibt sich eine Mehrausgabe für:

Futtergerste und Roggen von ca. 30 M.	40
Wais	40
Biden und Bohnen	10
ca. 80 M.	

Dagegen stellt sich die Mehreinnahme infolge der Zollerhöhungen, wenn wir annehmen, daß der Bauer jährlich eines der Schweine für seinen eignen Haushalt schlachtet und das andre verkauft (wogegen er zwei Ferkel zurückkauft), und daß er ferner jährlich die fetteste Kuh verkauft und dafür ein Stück Jungvieh anschafft, folgendermaßen:

1. Mehrerlös aus 17 Centner Weizen (Spannung 2 M.) = 34 M.
 2. Mehrerlös aus dem verkauften Schwein, wenn man dessen Lebendgewicht mit 3 Centner ansetzt = 9
 3. Mehrerlös aus der verkauften Kuh, wenn man die Preissteigerung für Jungvieh mit in Rechnung stellt. = 7
- ca. 50 M.

Demnach erleidet unser Bauer, wenn die geplanten Zollerhöhungen Gesehkraft erlangen, gegenüber dem jetzigen Zustand einen Schaden von 30 Mark. In Wirklichkeit stellt sich dieser aber beträchtlich höher, denn wir haben nicht nur eine überdurchschnittliche Güte und Ertragsfähigkeit seiner Ackerfläche angenommen, sondern auch sonst überall bei der Berechnung die den agrarischen Behauptungen günstigsten Verhältniszahlen zu Grunde gelegt. Ist die Ertragsfähigkeit eine geringere, wird durch Mikernten der Futterzukauf erhöht, ist die Viehhaltung im Verhältnis zur Ackerfläche eine noch ausgedehntere, so vergrößert sich dementsprechend auch der dem Bauer durch die beabsichtigten Zollerhöhungen zugefügte Schaden. Bekanntlich aber ist in vielen Gegenden, z. B. im Oldenburgischen, manchen Kreisen Hannovers, Schleswigs usw. die Viehhaltung eine weit größere, als wie die bayrischen Durchschnittsziffern darthun, besonders wenn man nicht, wie im Vorstehenden gesehen ist, die Untersuchung auf die kleinbäuerlichen Betriebe von 4—5 Hektar beschränkt, sondern die von 5—10 Hektar mit heranzieht.

Nun werden vielleicht die agrarischen Wortführer einwenden: „Aber hat denn nicht der Bauer einen weiteren Vorteil aus dem Butter- und Käsezollerhöhungen?“ Gewiß, wenn er nicht die Milch frisch nach der Stadt liefert, sondern Butter und Käse produziert, hat er auch von diesen Zollsteigerungen einen Vorteil. Dieser Vorteil wird aber mehr als reichlich ausgeglichen durch die neuen Zölle bzw. Zollerhöhungen auf Klee- und Grasfaat, auf Raps und Rüben, Oaser, auf Rutzholz etc., auf landwirtschaftliche Maschinen, eiserne Werkzeuge und allerlei andre Bedürfnisse der bäuerlichen Wirtschaft.

Wenn demnach die Vereine viehzüchtender Bauern, wie der württembergische Bauernbund, der Bauernverein „Nordost“, der „Schuyperband mecklenburgischer Landwirte“, die Landwirte des Großherzogtums Oldenburg, gegen die Zollerhöhungen auf Futtermittel Stellung genommen haben und größtenteils lieber auf die ganzen Viehzölle und Zollerhöhungen auf tierische Produkte verzichtet, als sich durch Verteuerung der Futtermittel ihre Produktionskosten höher schrauben lassen wollen, so ist das leicht begründlich. Verwunderlich ist nur, daß dieser Widerstand der Kleinbauern gegen die ihnen zugeordneten famosen Wohlthaten ein nicht weit ausgebreiteter ist; aber der Druck der Großen hält auch dort die Kleinen runter, und zudem fehlt dem kleinen Bauern die Berechnung. Von den Agitatoren des Bundes der Landwirte wird ihm nur erzählt, die Vieh-, Milch-, Butter- und Eierpreise usw. würden steigen; welchen Nachteil auf der anderen Seite der neue Zolltarif ihm bringt, davon weiß er nur selten etwas.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Dezember.

v. Alten.

Das „Militär-Wochenblatt“ meldet die Genehmigung des Abschiedsgesuches des Generalleutenants v. Alten, Kommandeurs der 2. Division und Generalkommandanten im Gumbinner Krostigt-Prozeß.

Einige liberale Blätter feiern den Kaiser, daß er durch die Verabschiedung v. Alten der öffentlichen Meinung Rechnung getragen habe und es könnte ferner scheinen, als dürfe diese Verabschiedung ein günstiges Omen für das weitere Geschick des noch immer das Urteil des Reichsmilitärgerichts erwartenden, zum Tode verurteilten Unteroffiziers Rarten bedeuten.

Man sollte aber in der Beurteilung dieser Verabschiedung unserd Erachtens vorsichtig sein. Es ist in der Erinnerung, daß v. Alten, nachdem längst sein von der öffentlichen Meinung schwer getadeltes Verfahren bei der Inhafthaltung Sidels und bei der Verurteilung gegen den Freispruch für Warten in erster Instanz bekannt war, durch einen hohen Orden ausgezeichnet worden ist. Damals war also die Stellung des Generalleutenants noch durchaus unerührt. Warum ihn nun doch ein jähes Geschick trifft, ist nicht sicher zu erkennen. Man hat davon gesprochen, daß v. Alten an dem Duellfall in Insterburg einen Anteil hatte und es ist möglich, daß hieraus die Unnade des Kaisers erwuchs. Allerdings fällt auch, wenn wir nicht irren, nach jener Ordensauszeichnung die Ausbedung der völlig gesekwidrigen Belegung des Ober-Kriegsgerichts, das Warten zum Tode verurteilte. Sollte dieses letztere Geschick den Anlaß zur Verabschiedung v. Alten gegeben haben, so wäre er als ein Opfer der neuen Militärstrafgerichts-Ordnung gefallen, die dem Gerichtsherrn Aufgaben zuweist, die für einen militärischen Kommandeur unmöglich zu bewältigen sind. Durch die Beseitigung des einen Gerichtsherrn wird das Institut des Gerichtsherrn nicht gebessert.

Konservativer Kampf. Die Beschlagnahme der socialdemokratischen Weibungszeitung verlegt die „Konf. Korresp.“ in taumelndes Entzücken; sie schreibt:

„Dem Vorgehen der Behörden gegen die unerhörte Verhöhnung wird allenthalben mit Gemüthigung begrüßt werden. Schon das bekante, von der Socialdemokratie in Millionen von Exemplaren im Volke verbreitete Flugblatt: „Die Besteuerung des Hungers“ hätte ein Vorgehen auf Grund des Strafgesetzbuches gerechtfertigt; dem dessen Inhalt vorwärts ungewissheit gegen den § 181, worin derjenige mit Strafe bedroht wird, der erdichtete oder entstellte Thatsachen, wissend, daß sie erdichtet oder entstellt sind, öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staats-einrichtungen oder Anordnungen der Behörden verächtlich zu machen.“

Wie ist die Arbeitslosigkeit zu beseitigen? Die „Konservative Korrespondenz“ weih die unsehbare einfache Lösung des Problems: Der Staatsanwalt hat jede Klage der Arbeitslosen zu erwidern und jede Schilderung des Arbeitslosenlebens zu konstatieren.

Wie ist der Kornwucher zu sichern? Der Staatsanwalt beschlagnahme jede Flugchrift, die den Wucher bezeugt.

Es ist nichts Neues, daß die Konservativen aus eigener Befähigung nichts gegen die Socialdemokratie anrichten zu können sich bewußt sind; daher ist der Staatsanwalt ihre einzige Rettungshoffnung. Hoffentlich hat die „Konf. Korresp.“ den Staatsanwalt nicht zu schwer gekränkt, indem sie den Vorwurf bisheriger Pflichtvergessenheit gegenüber der Socialdemokratie gegen ihn erhebt.

Wie Bombardements gemacht werden.

Der von uns auf Grund der Tagesbuch-Aufzeichnungen geführte Nachweis, daß das Bombardement von Paris sowohl ein militärischer Konflikt als eine überflüssige Barbarei gewesen, hat den Teil der Presse natürlich mächtig genützt, der es als seine Aufgabe betrachtet, böhsche und andre Heroenlegenden sorgsam zu konservieren. Die Potent gegen unsre Ausführungen beschränkte sich freilich in der Hauptsache auf kindisches Schimpfen, sie verzichtete meist auch nur auf den Versuch, die Unrichtigkeit unserer Beweisführung darzutun.

Nur die Münchener Allgemeine Zeitung macht in ihrer letzten Nummer einen derartigen Versuch, der freilich auch schredlich genug ausgefallen ist. Sie kommt uns zunächst mit der schon von Bismard aufgeworfenen Frage, „ob die Greuel der Kommune in Paris zum Ausbruch gekommen sein würden, wenn nicht die Hungerzeit das Freiwerden der anarchischen Willkür vorbereitet hatte“. Die ebenso kindische wie verläumdende Darstellung der Kommunebewegung, die die Münchener Allgemeine ihrem Nationalheros nachplappert, mag hier völlig aus dem Spiel bleiben; aber hat denn das Bombardement die Hungerzeit der Belagerung abgeklärt, oder hätte eine früher einsetzende Beschickung diesen Effekt erzielen können? Graf Blumenthal konstatiert zu tugenden Malen die Unzulänglichkeit seines Geschützparkes und die Erfolglosigkeit des Bombardements. Selbst die „Kreuz-Ztg.“ gesteht zu, daß die Beschickung nur gegen den Mont Avron Erfolg gehabt habe, daß sie aber „gänzlich gescheitert“ sei, „als es hier, die Forts Jff usw. mit Artillerie allein niederzukämpfen“. Also das Bombardement hat die Belagerung nicht zu verlärgen vermocht. Eine frühere Eröffnung des Bombardements vor aber gar nicht möglich, weil selbst der unzulängliche Geschützpark, aus dem man im Januar das Bombardement unterbielt, erst im Dezember mit Mühe und Not herangefasst werden konnte.

Weiter befaßt sich das Münchener Blatt auf Moon, demzufolge die Eröffnung des Bombardements von den Uernierungstypen mit Jubel angenommen worden sei. Möglich, daß ein Teil der Truppen sich langweilt, gleich jenem Offizier, von dem ein anderer Offizier kürzlich in der „Zukunft“ erzählte, daß er aus purem Zeitvertreib während der Belagerung Franzosen abgeschossen habe, wie man Hasen schießt. Diese Leute empfinden das Bedürfnis, der Stadt irgendwelchen Schaden zuzufügen. Aber rechtfertigte dies Bedürfnis eine ebenso inhumane wie, um mit Blumenthal zu sprechen, „blutdürstige“, „blamable“ und „süßlich-mühsame“ Beschickung?

Nein, Volke nicht weniger als Blumenthal und alle militärischen Sachverständigen waren gegen das Bombardement, sie wurden erst durch Bismards fortwährende Anbuhungen und durch die streupellosen Bearbeitungsmandate, durch die er den König auf seine Seite brachte, zur Nachgiebigkeit veranlaßt. Es bleibt also schon dabei, daß es sich weder um eine militärische noch um eine „politische“ Notwendigkeit, sondern nur um eine brutale Parotte Bismards handelte.

Der Wahlkampf in Wittenberg-Schweinitz

hat seinen Höhepunkt erreicht. Die Liberalen können nicht mehr an Agitation leisten — die Konservativen wollen lieber überhaupt nichts — Oessentliches — leisten, und unsre Parteigenossen thun, was nur irgend in ihren Kräften steht. So wie diesmal ist der Wahlkampf noch nie bearbeitet worden. Für uns ist es fast jungfräulicher Boden. Mit Ausnahme der Städte Wittenberg und Herzberg ist von einer Bewegung außerhalb des Wahlkampfes nirgends etwas zu hören. Wenn wir nicht ab und zu einen Kalender oder ein Flugblatt verteilen, ist die Bevölkerung des ganzen Kreises auf die Letztüre der Kreisblätter angewiesen! Und nun dieser Wahlkampf! Was man früher für unmöglich gehalten hätte, geschieht: In die „schwarzesten“ Reiser beingt die Stimme des socialdemokratischen Redners. 1898 haben wir insgesamt sechs bis acht Versammlungen abgehalten, und nur in Städten. Diesmal haben wir am verflorenen Sonntag alle fünf Versammlungen abgehalten. Am Montag und Dienstag je zwei, am Mittwoch vier Versammlungen, ohne die vorhergehenden. Für Donnerstag, am Tage vor der Wahl, sind auch noch drei Versammlungen angelegt. Und dabei haben wir in Wittenberg und Herzberg nur Gaststuben, aber keinen Saal!

Die meisten Versammlungen finden auf dem platten Lande statt, in Orten, wo nie ein freies Wort gesprochen werden durfte. Während also in den beiden größeren Städten die Agitation nicht in gewünschter Maße betrieben werden kann, ist das auf dem Lande um so mehr der Fall. Die Bevölkerung zeigt sich aberans empfänglich für die Worte unsrer Redner, und unsre Flugblätter werden mit wahrer Begierde aufgenommen. Die Landbevölkerung scheint es nun endlich und gründlich satt zu haben, sich von den Junkern nachführen zu lassen.

Am Sonntag wurde ein zweites Flugblatt verbreitet, welches sich wesentlich mit dem Liberalismus beschäftigt und ein drittes soll am Tage vor der Wahl, und am Wahltag selbst vor 10 Uhr morgens noch verbreitet werden.

Nach dem Spahn Dr. Müller. Der „Krit. Jg.“ wird aus Straßburg depressiert: Wie dem Metalle „Eis“ nur von zuverlässiger Seite gemeldet wird, ist die Ernennung des bisherigen Lehrers am katholischen Priesterseminar in Straßburg, Professor Dr. Müller, zum Professor der Philosophie an der Universität Straßburg mit Bestimmtheit zu erwarten.

Hoffentlich erlebt das Centrum an seinem Paritäts-Philosophen mehr Freude, als an dem jungen Spahn. Die jetzige Stellung des neuen Professors der katholischen Philosophie bürgt für eine allen jugendlichen Seitenempfindungen abgeneigte, abgeklärte Solidität.

Polen-Bekämpfung. Nach Angabe der „Polsker Renest. Nachr.“ ist ein Seminarist aus dem Lehrerseminar zu Paradies plötzlich entlassen worden. Er hatte in einem Aufsatz: „Wie erzieht die Schule zur Wahrheitsliebe?“ angedeutet, daß es ihm in seiner Schule sehr unmöglich sein werde, die polnischen Kinder zum Patriotismus zu erziehen. Drei Seminaristen, bei denen Schriften in polnischer Sprache über polnische Literatur und Geschichte gefunden sind, wurden zur Abgangsprüfung nicht zugelassen.

Die „Post“ erklärt, alle bisherigen Maßregeln gegen die Polen genügen nicht, der Landtag müsse baldigst eine große Aktion einleiten.

Man ist also, trotz aller schlechten Erfahrungen der bisherigen Germanisierungspolitik, verblendet genug, auf denselben unheilvollen Wegen weiter zu gehen. Der „Erfolg“ wird nicht fehlen.

Arbeitslosigkeit in Leipzig.

Leipzig, 18. Dezember. Die herrschende Arbeitslosigkeit seit beschätzte gestern Abend den Rat der Stadt Leipzig. Das hiesige Gewerkschaftsblatt hatte auf Grund umfassender Erhebungen eine erschreckende Verbreitung der Arbeitslosigkeit in Leipzig festgestellt und war an den Rat der Stadt mit mehreren Anträgen herantreten, welche gestern das Plenum der Stadtverordneten-Versammlung beschäftigten. Die hauptsächlichsten Forderungen der organisierten Arbeiterstadt an die Stadt waren: schnelle Inangriffnahme sämtlicher städtischen Bauten, Verkürzung der Arbeitszeit in allen städtischen Betrieben, Übernahme aller städtischen Arbeiten in eigene Regie, Entlassung der Kostenträger nach den üblichen Lohnsätzen und eventuell sekundäre Unterstützung aus den Mitteln der Stadt an solche Arbeiter, welche nachweislich keine Arbeit finden können, ohne daß diese Unterstützung als Armenunterstützung gelten sollte. In der allgemeinen Ansprache der Ausschüsse war das Vorhandensein einer allgemeinen Arbeitslosigkeit sowie auch eine bedingte Verpflichtung der Stadt, zur Milderung dieses Notstandes beizutragen, anerkannt und daher die mögliche Förderung aller in Ausführung begriffenen städtischen Arbeiten zugesagt worden. Der allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit stand man aus technischen Gründen sowie wegen der Rückwirkung einer solchen Maßregel auf die Konkurrenz der Privatbetriebe bedenklich gegenüber; die eventuelle Unterstützung der Arbeitslosen mit Geldmitteln wurde direkt abgelehnt und nur die Vergebung der Kostenträger nach den üblichen Lohnsätzen anerkannt. Von sozialdemokratischer Seite wurde im Plenum auf den Umfang der Arbeitslosigkeit hingewiesen. Bemerkenswert waren die hierfür angeführten Zahlen: bei der Leipziger Ortsstrassenliste ist, statt des üblichen jährlichen Zuwachses von rund 10 000 Arbeitern, ein Rückgang von 3061 Mitgliedern festzustellen, und das, obwohl 3351 arbeitslose Arbeiter ihre freiwillige Mitgliedschaft forsetzen. Dabei hat die Anzahl der weiblichen Mitglieder noch um 709 zugenommen; der Rückgang der männlichen Arbeiter würde sonst 4791 betragen; — es ist also auf eine starke Heranziehung der billigen weiblichen Arbeitskräfte zu schließen. Man kann also in Leipzig rund 15 000 Arbeitslose annehmen. Die Debatte gestaltete sich nicht uninteressant. Ein Bürgermeister glaubte das Vorhandensein einer allgemeinen Arbeitslosigkeit bestreiten zu müssen; ebenso zog er die Verpflichtung der Kommune in Frage, für den Notstand einzutreten. Einem genialen Vorschlag machte ein antisemitischer Stadtverordneter, vom Beruf Rechtsanwalt. Er stellte den Antrag, das Kollegium möge das Ministerium ersuchen, die ausländischen Arbeiter aus Leipzig auszuweisen, damit diese nicht ihren deutschen Kollegen die Arbeit und das Brot wegnehmen. Mit Advokatenlogik begründete der Herr diesen Antrag aus Gründen der Humanität und wies dabei auf das glänzende Vorgehen der anhaltischen Regierung sowie die Grundzüge der preussischen Verwaltung den ausländischen Arbeitern gegenüber hin. Bei der Abstimmung blieb dieser Antrag in der Minderheit; für den sozialdemokratischen Antrag, die Forderungen des Gewerkschaftsblatts dem Rat zur Berücksichtigung zu

überweisen, erklärten sich nur 11 sozialdemokratische Vertreter, worauf sich das Kollegium mit allen gegen eine Stimme der Resolution der Ausschüsse anschloß.

Die nicht wörtlich zu nehmende Aufreizung.

Vor dem Berliner Landgericht II stand am Donnerstag wieder der Dreifachgraf aus Klein-Trauthe wegen Vergehens gegen § 130 des Strafgesetzbuchs (Aufreizung verschiedener Gesellschaften zu Gewalttätigkeiten gegen einander). Der deutsch-nationale Reformverein hatte am 24. Juli und am 15. September vorigen Jahres je eine Versammlung veranstaltet, in welcher Graf Fiedler seine bekannnten Krassworte gegen die Juden unter die Anwesenden schleuderte. Am 19. Februar d. J. hatte er sich deshalb vor dem Landgericht I zu verantworten. Er wurde freigesprochen, nachdem zwei Polizeileutnants bezeugt hatten, daß ihrer Auffassung nach sich der Angeklagte nur bildlich ausgedrückt habe. Derselbe habe die christliche Bevölkerung nur aufgerufen wollen zum Kampfe gegen das Judentum. Eine Aufreizung sei nicht zu bemerken gewesen, denn die Anwesenden hätten zu den Ausführungen nur gelächelt. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und das Reichsgericht entschied dahin, daß eine Verkennung des Begriffs der Aufreizung seitens des Vorderrichters stattgefunden habe. Es konnte nicht darauf an, ob die in der Versammlung anwesende christliche Bevölkerung das Gefühl der Aufreizung gehabt habe, sondern darauf, ob die Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften zu der Verächtlichmachung gelangt konnten, daß durch derartige Reden die allgemeine Rechtschaffenheit im Staate erschüttert werden könne. Das erste Urteil wurde aufgehoben und die Sache in die Vorinstanz zurückverwiesen, jedoch an ein anderes Gericht und zwar an das Landgericht II. In der heutigen Verhandlung wiederholten die beiden Polizeileutnants ihre früheren Aussagen; außerdem war Polizeileutnant v. Sanden geladen, um das Verhalten des Angeklagten zu illustrieren. Derselbe hat eine Versammlung am 10. Dezember v. J. überwacht und gab nun an, er habe den Angeklagten während des Vortrages unterbrochen und denselben aufgefordert, sich gemäßigter auszudrücken, der Angeklagte habe aber erst recht schärfer gesprochen und da habe er die Versammlung aufgelöst. Der Staatsanwalt leitete die Sache beantragte 300 Mark Geldstrafe. Der Verteidiger eruchte um Freisprechung, weil der Angeklagte nur bildlich gesprochen habe. Der Richter erklärte die Freisprechung. Der Angeklagte ist nicht wörtlich zu nehmen; er habe nicht gemeint, daß die christliche Bevölkerung wirklich mit Gewalttätigkeiten gegen das Judentum vorgehen solle, er habe nur zu einem energischen Kampfe gegen das Judentum auffordern wollen. Außerdem habe er vor einem gebildeten Publikum gesprochen, welches wußte, wie es den Redner aufzufassen hatte.

Centrumsorgen.

Aus München wird uns berichtet: Vor kurzem verschickte die hiesigen christlichen Arbeiterführer ein vertrauliches Circular an die Vorstände der einzelnen christlichen Gewerkschaften, das eine Instruktion gab für die Agitation für den Konsumverein. Das Schriftstück empfahl den Herren Vorständen, diese Agitation möglichst geheim zu betreiben, damit die zahlreichen kleinen Geschäftsleute, die uns in der Gegend umherstreifen, nicht vor den Kopf gestoßen werden. Das Circular fiel in die Hände der „Münchener Post“ und wurde von dieser veröffentlicht. Auf diesem Wege kam es wohl auch zum Kenntnis des hies. Volksvereins St. Pauli, einer der zahlreichen bürgerlichen Bezirks-Centrumsorganisationen. In dem Verein sitzt auch als verunglücktes Mitglied der Antisemitenhämpling und Agitator für den Bund der Landwirte, Herr Weng. Dieser Herr nimmt seitdem jeden Anlaß wahr, wo er dem Centrum in der Suppe spucken kann und beirrat deshalb auch in der letzten Versammlung die Konsumvereins-Angellegenheit. Er zog natürlich gegen die Verteilung der Arbeiter an den Konsumvereinsstellen los und erreichte damit, daß der Sozialist Osel, der von der Centrumspropaganda schon wiederholt als hervorragend befähigter Führer gefeiert wurde, zufolge, er werde sich für die Rückgängigmachung des verheißenen Verhältnisses der katholischen Arbeiter warm verwenden. Wenn Herr Osel für diese seine Bestrebungen auch die Centrumsführer sehr dankbar sein werden, so verliert er damit doch gegen den ausdrücklichen Wunsch des Papstes, am Schlusse seiner „Arbeiter-Encyklika“ schreibt nämlich Leo XIII.: „Ihr die Lage der arbeitenden Klasse wird heute gestreift. Ob diese Frage in richtiger Weise gelöst wird oder nicht, ist von höchstem Interesse für das Gemeinwohl. Wichtig aber wird sie von den christlichen Arbeitern gelöst werden, wenn dieselben in Gewerkschaften sich vereinigen und unter weiser Führung den Weg einschlagen, den ihre Verfahren zu ihrem

Ich hatte, als ich an die Lösung dieser Frage herantrat, im Auge, wenn es mir gelingen sollte, der Welt zu zeigen, daß das Günstigste für die Lösung einer künstlerischen Aufgabe nicht in der Berufung von Kommissionen, nicht in der Ausschreibung von allen möglichen Preisgerichten und Konkurrenzren besteht, sondern nach allbewährter Art, wie es in der klassischen Zeit und so auch später im Mittelalter gewesen ist, der direkte Verkehr des Auftraggebers mit dem Künstler die Gewähr bietet für eine glänzende Gestaltung des Werkes und für ein gutes Gelingen der Aufgabe.

Ich bin infolgedessen dem Professor Reinhold Vega besonders zu Dank verpflichtet, daß, als ich mit diesem Gedanken an ihn herantrat, er mir ohne weiteres erklärte, es sei absolut kein Zweifel, daß in Berlin sich allemal Künstler genug finden würden, um eine solche Idee ohne Schwierigkeiten zum Auszug zu bringen, und mit seiner Hilfe und auf Grund der Bekanntschaften, die ich in den hiesigen Bildhauerkreisen durch Besuche von Ausstellungen und Atelierbesuchen gewonnen hatte, ist es mir in der That gelungen, einen Stab zusammenzufinden, von dem ich den größten Teil heute um mich versammelt sehe, um mit ihm an diese Aufgabe heranzugehen.

Ich glaube, Sie werden mir das Zeugnis nicht verweigern können, daß im Hinblick auf das von mir entworfene Programm ich Ihnen die Behandlung derselben so leicht wie möglich gemacht habe, daß ich Ihnen die Aufgabe in allgemeinen gestellt und begrenzt, im übrigen aber Ihnen die absolute Freiheit gegeben habe, nicht nur die Freiheit in der Kombination und Komposition, sondern gerade die Freiheit, das von sich hineinzulegen, was jeder Künstler ihm nur, um erst dem Kunstwerk sein eigenes Gepräge zu verleihen; denn ein jedes Kunstwerk birgt immer ein Körnchen von dem eignen Charakter des Künstlers in sich.

Ich glaube, daß, wenn ich es so nennen darf, dieses Experiment nun, wo die Sieges-Allée vollendet ist, als gelungen betrachtet werden darf. Es hat nur des Verlehrs bedürftig zwischen dem Auftraggeber und dem ausführenden Künstler, um jeden Zweifel zu beseitigen, jede Frage zu beantworten, und es haben sich Schwierigkeiten größerer Art nicht gezeigt.

Ich glaube daher, daß wir auf die Sieges-Allée von diesem Standpunkt aus mit Befriedigung allerseits zurückblicken können. Sie haben, ein jeder in seiner Art, Ihre Aufgabe so gelöst, wie Sie es konnten, und ich habe das Gefühl, daß ich Ihnen das vollste Maß der Freiheit und Mühe überlassen habe, wie ich es für den Künstler für notwendig halte. Ich bin nie in die Details hineingegangen, sondern habe mich begnügt, einfach die Direktive, den Auftrag zu geben. Aber mit Stolz und Freude erfüllt mich am heutigen Tage der Gedanke, daß Berlin vor der ganzen Welt da steht mit einer Künstlerschaft, die so Großartiges auszuführen vermag. Es zeigt das, daß die Berliner Bildhauerschule auf einer Höhe steht, wie sie wohl

und der Gesamtheit Wohlte gewandert sind.“ Auch Bischof Ketteler empfahl in seiner Schrift Arbeiterfrage und Christentum in sehr warm die genossenschaftliche Vereinigung der Arbeiter. Aber was kümmert das diesen so autoritätsgläubigen Herren? Eine Sektion von Centrumswählern macht Miene, rebellisch zu werden und da wird einfach konnandiert: Socialpolitik halt! Im übrigen lautet eine der neuerdings beliebtesten Nebenwendungen der katholischen Arbeiterführer in der Polemik: „Die Socialdemokratie ist nicht die wahre Vertreterin der Arbeiterinteressen, weil die meisten Socialdemokraten Begleiter der Genossenschaften sind.“ Da nur das Centrum im Interesse der Kleinrentner die Genossenschaftsbewegung nicht mag, so ergibt sich hieraus die Schlussfolgerung von selbst.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Beseitigung des Duellvorrechts. Der Gemeinderat von Budapest beschloß, die Regierung dringlich zu ersuchen, durch eine novellarische Verfügung das Duell als spezifisches Delikt aus dem Straf-Gesetzbuch zu eliminieren und es für eine gewöhnliche strafbare Handlung zu erklären.

Frankreich.

Der Finanzminister legte gestern der Budgetkommission ein vollständig revidiertes Budget vor, worin das Defizit durch Eripansive und Einstellung von Mehreinnahmen in den verschiedenen Ressorts, sowie durch eine Emmission für die zu bestreitende Eisenbahn-Garantie ausgeglichen ist.

Italien.

Zum Gewaltstreik der Kammermehrheit gegen Ferri teilt uns unser römischer Korrespondent noch einen Umstand mit, der das Vorgehen der Kammer und des Kammerpräsidenten Ferri gegenüber noch als ungerechtfertigter erscheinen läßt, als es ohnehin bereits erschien. In der Montags-Sitzung forderte beifällig der Präsident Ferri auf, seine Äußerungen, die er am Sonnabend gemacht hatte, zurückzunehmen. Als Ferri sich dessen weigerte, verhängte der Präsident auf fünf Tage über ihn die Censur. Ferri weigerte sich jedoch, die Kammer zu verlassen, weil ihm geschäftsordnungsmäßig das Recht zustehe, zu dem Antrag auf Verhängung der Censur zu sprechen und ihm von dem Präsidenten hierzu das Wort nicht erteilt worden sei. Der Präsident korrigierte sein ungerechtfertigtes Vorgehen damit, daß er — die Sitzung aufhob! —

England.

Die Resonanz der Rede Rosebergs.

London, 17. Dezember. Weinade die ganze englische Presse betrachtet Rosebergs Rede als eine oratorische Leistung von der größten politischen Bedeutung. Ueber ihren Zweck und Nutzen sind indes die Meinungen geteilt. Die am meisten gelesenen Blätter Londons: „Daily Mail“, „Daily Express“, „Daily Chronicle“, „Daily Telegraph“, „Daily Graphic“ und „Morning Post“ sind der Ansicht, daß Roseberg sich dem Lande als Führer einer im Werden begriffenen Partei vorstellte. Den nächsternsten Ausdruck dieser neuen Partei giebt das „Daily Chronicle“: „Eine neue Partei formiert sich mit der Losung: nationale Tüchtigkeit, soziale Reform und ein weiterer Patriotismus.“ Der weite Patriotismus ist eine beschönigende Rede-Figur für Imperialismus. Die „Times“ sprechen ihre Bewunderung aus für Roseberg, den Staatsmann und Patriot, meinen indes, daß seine Rede ohne Einfluß bleiben werde. Unzufrieden und abfällig urteilend sind nur die beiden Extrem: der regierungstreue „Standard“ und die gläubig-antimperialistische „Daily News“. Und in der That hat Roseberg die Regierung aufs schärfste verurteilt, ohne sich wieder der liberalen Parteiorganisation anzuschließen. Er hat die Derby-Resolution abgelehnt. Für uns sind zwei Punkte bemerkenswert. Nach Schluß der Rede erhob sich Mr. Parweh, einer der Führer der Bergarbeiter von Derbyshire, und beantragte ein Dankesvotum an den Redner; der Antrag wurde von Mr. Asquith und Sir Edward Grey unterstützt. Ferner: nach Schluß der großen Versammlung fand eine Bergarbeiter-Versammlung statt, in der Roseberg eine kurze Rede hielt und den Arbeitern empfahl, Männer wie John Burns, Broadhurst und Vurt ins Parlament zu schicken. Er erinnerte auch, daß er es war, der im Jahre 1893 als Schiedsrichter dem großen Bergarbeiterstreik ein Ende machte. „Ich kann Euch mit aller Aufrichtigkeit sagen, daß das der glücklichste Moment meines Lebens war.“

Kann je in der Renaissancezeit schöner

hätte sein können. Und ich denke, ein jeder von Ihnen wird weidlos zugesehen, daß das werthätige Beispiel von Reinhold Vega und seine Auffassung, beruhend auf der Kenntnis der Antike, vielen von Ihnen Führer in der Lösung der großen Aufgabe gewesen ist. Auch hier könnte man eine Parallele ziehen zwischen den großen Kunstleistungen des Mittelalters und der Italiener, daß der Landesherr und der kunstliebende Fürst, der den Künstlern die Aufgaben darbietet, zugleich die Meister gefunden, an die sich eine Menge junger Leute angeschlossen haben, so daß sich eine bestimmte Schule daraus entwickelte und Vortreffliches zu leisten vermochte.

Was ist es mit der Kunst überhaupt in der Welt? Sie nimmt ihre Vorbilder und schöpft aus den Quellen der großen Mutter Natur, und diese, die Natur, trotz ihrer großen, scheinbar ungebundenen, grenzenlosen Freiheit, bewegt sich doch nach ewigen Gesetzen, die der Schöpfer sich selbst gesetzt hat, und die nie ohne Gefahr für die Entwicklung der Welt überschritten oder durchbrochen werden können. Ebenso ist es in der Kunst, und beim Anblick der herrlichen Ueberreste aus der alten klassischen Zeit überkommt einen auch wieder dasselbe Gefühl: hier herrscht auch ein ewiges, sich gleich bleibendes Gesetz, das Gesetz der Schönheit, das Gesetz der Harmonie, das Gesetz der Weisheit. Dieses Gesetz ist durch die Alter in einer so überraschenden, überwältigenden Weise und vollendeten Form zum Ausdruck gebracht worden, daß wir mit allen modernen Empfindungen und allem unsern Können stolz darauf sind, wenn und gesagt wird bei einer besonders guten Leistung: Das ist beinahe so gut, wie es vor 1900 Jahren gemacht worden ist — aber beinahe!

Unter diesem Eindruck möchte ich Ihnen dringend ans Herz legen: noch ist die Bildhauerei zum größten Teil rein geblieben von den sogenannten modernen Richtungen und Strömungen, noch steht sie hoch und hehr da, — erhalten Sie sie so, und lassen Sie sich nicht durch der Menschen Urteil und allerlei Wind der Lehre dazu verleiten, diese großen Grundzüge aufzugeben, auf denen sie aufrecht ist! Eine Kunst, die sich über die von mir bezeichneten Gesetze und Schranken hinwegsetzt, ist keine Kunst mehr, ist Fabrikarbeit, ist Gewerbe, und das darf die Kunst nie werden. Mit dem viel mißbrauchten Wort Freiheit und unter seiner Flagge verfaßt man gar oft in die Grenzenlosigkeit und Selbstüberhebung. Wer sich aber von dem Gesetz der Schönheit, dem Gefühl für Weisheit und Harmonie, die jedes Menschen Brust füllt, ob er sie auch nicht ausdrücken kann, loslöst und in dem Gedanken einer besonderen Richtung, einer bestimmten Lösung mehr technischer Aufgaben die Hauptsache erblickt, der versündigt sich an den Urquellen der Kunst.

Sieges-Allée-Renaissance.

Kein Augustischer Alter blühte,
Keines Medicceers Wüte
Lächelte der deutschen Kunst;
Sie ward nicht gepflegt vom Rühme,
Sie entfaltete die Blume
Nicht am Strahl der Fürstengunst.

Rühmend darf's der Deutsche sagen,
Höher darf das Herz ihn schlagen:
Selbst erschuf er sich den Wert.

Und in eigener Hülle schwellend
Und aus Herzen Tiefen quellend,
Spottet er der Regeln Zwang.

Diese Verse dichtete vor etwa hundert Jahren Friedrich Schiller, auch einer der schlimmsten Revolutionäre, denen selbst die selbe bürgerliche Uebermalung der Epigonen nicht den feurigen Glanz zu rauben vermag.

Inzwischen haben einzelne Fürsten sich die Worte Schillers zu Herzen genommen und versucht, ein medizinisch-zeitlicher zu begründen. Darum bemühten sich namentlich einzelne Mittelbacher und von den Hohenzollern Friedrich Wilhelm IV. Jedemoch gelangen die Versuche nicht sonderlich.

Nun aber hat sich ein Monarch gefunden, der klar und bewußt die Mission auf sich nimmt, eine neue Renaissance zu veranstalten! Es ist Wilhelm II., der deutsche Kaiser. Als er den Plan der Sieges-Allée-Gruppen, dieser marmornen Geschichtstabelle, sah, leitete ihn einzig und allein dieser Gedanke. Und jetzt hören wir von Wilhelm II. die hohe Volksstimm, daß es ihm in der That gelungen, zu erreichen, was er sich vorgelegt: die Sieges-Allée wurde zu einem Denkmal der Kunst, wie es im Zeitalter der Phidias und Michel Angelo nicht gewaltiger geraten war.

Bei der Abendtafel am Wittwoch hat der Kaiser zu Ehren der Vollendung der Fürstengruppen eine große Rede über die Kunst gehalten, die in allen künstlerischen Kreisen des In- und Auslandes bedeutende Teilnahme finden wird.

Wir heben aus der Rede, in die das Wolffsche Bureau ein recht unästhetisches Depeschendeutsch hineinredigiert hat, die folgenden Ausführungen hervor:

Die Aufstellung des Programms für die Sieges-Allée hat eine Reihe von Jahren in Anspruch genommen, und der bewährte Historiograph meines Hauses, Prof. Dr. Roser, ist derjenige gewesen, der mich in den Stand gesetzt hat, überhaupt den Herren greifbare Aufgaben zu stellen.

Die „Mid-Lothian Liberal Association“, deren Präsident Rosebery lange Zeit hindurch gewesen ist, nahm eine Resolution an, in der sie die Rückkehr Roseberys in das aktive politische Leben mit der größten Befriedigung begrüßt und der Hoffnung Ausdruck giebt, daß er seine hervorragenden staatsmännischen Gaben wieder der großen historischen liberalen Partei im Kampfe um die Durchführung der fortschrittlichen Maßnahmen und der Reformmaßregeln zur Verfügung stellen werde, welche dahin führen, die Interessen der Nation im In- und Auslande zu festigen. —

Das Schicksal der Philippinos und der Boeren. London, 16. Dezember. (Fig. Ver.) Troy der strikten Geniar der amerikanischen Behörden scheint es, daß die Sieger in den Philippinen ähnliche grausenhafte Szenen anrichten wie die Sieger in Südafrika. Unser Genosse Cunningham Graham, der kürzlich von einer Weltreise nach England zurückkehrte, schreibt über dieses Thema in der „Saturday Review“ vom 14. Dezember: „Wir Engländer sind als Nation nicht beliebt; daran zweifelt wohl niemand. Es ist begreiflich, daß die Nationen, die gegenwärtig keinen Krieg haben, unsere Methoden in Südafrika anklagen. Doch aber die Amerikaner, die einen Guerillakrieg mit ähnlichen Mitteln führen, in den Chorus einstimmen, ist schwierig zu verstehen. Wenn man ferner den blutdürstigen Passus, den Roosevelts Vorkampf mit Bezug auf die Philippinos enthielt, sich ins Gedächtnis ruft, so wird es ganz unbegreiflich, wie die Boerenmissethat in Chicago und anderswo die Amerikaner aber die Rechtschaffenheit ihrer eignen Kriegsführung hinwegwischen konnten. Ist es wirklich wahr, daß die beiden Zweige der angelsächsischen Rasse aus Heuchlern und Feiglingen bestehen und daß Ehrlichkeit nur bei den lateinischen Rassen zu finden sei?“ —

Eyrenung einer Freireisung. Aus Birmingham wird gemeldet: Erste Unruhen brachen am Donnerstag ausläßlich einer Versammlung im Rathhause aus, in welcher der irische Abgeordnete George Lloyd sprechen wollte. Vor Beginn der Versammlung drangen umgehende Volksmengen vor das Rathaus und in wenigen Augenblicken war der Saal überfüllt. Kaum hatte der Redner das Wort ergriffen, als die Menge die Rednertribüne erstürmte. 300 Polizeikräfte mußten einmarschieren und die Menge verhindern, den Redner zu mißhandeln. Die dräuenden Versammelten zertrümmerten durch Steinwürfe die Fenster des Saales und nach einer Viertelstunde mußte Lloyd die Sitzung aufheben. Die Polizei zerstreute die Menge. Der Redner mußte sich unter polizeilicher Bedeckung nach Hause bringen lassen.

Norwegen.
Eine Niederlage der Reaktion. Die Gemeindevertretung von Bergen bewilligte bekanntlich vor einiger Zeit eine Summe, die zur Dedung der Ausgaben für Krankenhausbehandlung Unbemittelter dienen sollte, ohne als Armenunterstützung zu gelten, um die betreffenden Personen vor dem Verlust des Wahlrechts zu bewahren. Dieser Beschluß hat bei den Reaktionsären Erbitterung hervorgerufen und die Minorität der Stadtverordneten richtete an die Regierung das Gesuch, ihn für gescheitert zu erklären. Nun hat die Regierung dem Gesuche aber trotzdem zugestimmt und die reichen Leute werden sich darin finden müssen, daß der Arbeiter auch dann sein Wahlrecht ausübt, wenn er infolge von Krankheit sich genötigt sah, die Hilfe der Stadt in Anspruch zu nehmen. —

Rußland.
Verhängung des Belagerungszustandes.
Petersburger Blätter melden: Der Zustand des verstärkten Schutzes ist vom Minister des Innern auf Grund des Art. 7 des Gesetzes über die Maßnahmen zur Wahrung der staatlichen Ordnung und der allgemeinen Ruhe über die Städte Riga, Jurjew (Dorpat), Minsk, Mohilew, Homel, Dwinok (Dünaburg), Witebsk, Welostol, Minsk, Nowgorod, Kasan, Tomsk, Jaroslaw, Sjaratow, Poltawa, Sjaratow und Mischinow, und über das Gouv. Wilna verhängt worden.

Das zarische Schergenregiment muß sich sehr wüthend fühlen, wenn es in einer großen Reihe von über das ganze europäische Rußland verstreuten Städten, ja selbst in der sibirischen Stadt Tomsk, mit der gewöhnlichen, doch wahrlich auch schon unbegrenzten Polizeiwirtschaft nicht mehr ankommen zu können glaubt. Ramentlich scheint man es auf die politischen Grenzbezirke abgesehen zu haben, aber auch die Städte der baltischen Provinzen und die Wolgastädte Nishnij Nowgorod, Kasan, Sjaratow und Sjaratow werden mit dem Keimen Belagerungszustand bestraft. Ein Beweis, wie glänzlich die russische Bevölkerung sich allgemein unter dem Anführerregiment Wäterschens fühlt. —

Aber noch mehr: Die Kunst soll mit helfen, erzieherisch auf das Volk einzuwirken, sie soll auch den unteren Ständen nach harter Mühe und Arbeit die Möglichkeit geben, sich an den Idealen wieder aufzurichten. Aus dem deutschen Volke, sind die großen Ideale zu dauernden Gütern geworden, während sie andern Völkern mehr oder weniger verloren gegangen sind. Es bleibt nur das deutsche Volk übrig, das an erster Stelle berufen ist, diese großen Ideen zu hüten, zu pflegen und fortzuführen, und zu diesen Idealen gehört, daß wir den arbeitenden und sich abmühenden Massen die Möglichkeit geben, sich an dem Schönen zu erfreuen und sich aus ihren sonstigen Gedankenkreisen heraus- und emporzuarbeiten. Wenn nun die Kunst, wie es jetzt vielfach geschieht, weiter nichts thut, als das **Etwas noch schicklicher hinzustellen wie es schon ist**, dann verläßt sie sich damit an dem deutschen Volke. Die Pflege der Ideale ist zugleich die größte Kulturarbeit, und wenn wir hierzu den andern Völkern ein Muster sein und bleiben wollen, so muß das ganze Volk daran mitarbeiten, und soll die Kultur ihre Aufgabe voll erfüllen, dann muß sie bis in die untersten Schichten des Volkes hindurch gedrungen sein. Das kann sie nur, wenn die Kunst die Hand dazu bietet, wenn sie erhebt, statt daß sie in den **Ninnstein niedersteigt!** Ich empfinde es als Landesherren manchmal recht bitter, daß die Kunst in ihren Kreislern nicht energisch genug gegen solche Richtungen Front macht. Ich verkenne keinen Augenblick, daß mancher strebsame Charakter unter denjenigen Anhängern dieser Richtungen ist, der vielleicht von bester Absicht erfüllt ist; er befindet sich aber doch auf falschem Wege. Der rechte Künstler bedarf keiner Marktschreierei, keiner Presse, keiner Kommerzien. Ich glaube nicht, daß Ihre großen Vorbilder auf dem Gebiete der Meisterschaft weder im alten Griechenland, noch in Italien, noch in der Renaissancezeit je zu der Klame, wie sie jetzt durch die Presse vielfach geübt wird, gegriffen haben, um ihre Ideen besonders in den Vordergrund zu rücken. Sie haben gewirkt, wie Gott es ihnen eingab, im übrigen haben sie die Leute reden lassen. Und so muß auch ein ehrlicher, rechter Künstler handeln. Die Kunst, die zur Klame heruntersteigt, ist keine Kunst mehr, und mag sie hundert- und tausendmal gepriesen werden. Das Gefühl für das, was häßlich oder schön ist, hat jeder Mensch, mag er noch so einfach sein, und dieses Gefühl weiter im Volke zu pflegen, dazu brauche ich Sie alle, und daß Sie in der Siegesallee ein Stück solcher Arbeit geleistet haben, dafür danke ich Ihnen ganz besonders. Das kann ich Ihnen, meine Herren, jetzt schon mitteilen, der Eindruck, den die Siegesallee auf die Fremden macht, ist ein ganz überwältigender, überall macht sich bemerkbar ein ungeheurer Respekt für die deutsche **Waldhauererei**. Möge sie auf dieser Höhe stets stehen bleiben, und mögen

Amerika.
Zum Hülfskisch-argentinischen Konflikt. Ein Telegramm aus Buenos Aires meldet, Argentinien habe einige Abänderungen an der hülfskischen Note beantragt, welche Chile nicht zurückweisen werde. Jedoch werde es einige Einwände erheben, welche weitere Verhandlungen notwendig machen würden. Es wird aber zugegeben, daß selbst diese Einwände den Wunsch auf eine friedliche Beilegung erkennen ließen. —

Der Boeren-Krieg.
Prozessierung der „Verschwörer“.
Am 23. November waren die Bürger Berned und Meyer, wie seiner Zeit gemeldet, wegen des Verstoßes in Flüchtlingelagern untergebrachte Boeren zum Bruch des Neutralitätsbundes zu verurteilen, der eine zum Tode, der andre zu lebenslänglicher Strafarbeit verurteilt worden. Gestern und heute waren nun gegen zwei andre Männer, mit Namen Zahn und Keel, wegen Teilnahme an dieser Verchwörung verhandelt; sie wurden nicht des Betraths schuldig befunden, sondern der verräterischen Verbindung mit dem Feinde durch Ausbändigung einer Mitteilung an einen zum Kommando gehörigen Boeren, der heimlich nach Johannesburg gekommen war; ferner wurden sie des Verstoßes des Neutralitätsbundes schuldig befunden. Die Urteile wegen verräterischer Verbindung mit dem Feinde wurden an Lord Aitcherson zur Bestätigung überandt.

Ausdehnung des Blockhaus-Systems.
Die Regierung beabsichtigt, mit Rücksicht auf die Entwicklung der Lage in Südafrika mehr als tausend Mann der Gardebrigade Mitte Januar zur Front zu schicken, um das Blockhaus-System auszuweiten und es wirkungsvoller zu gestalten.

Kommunales.
Stadtverordneten-Versammlung.
38. Sitzung vom Donnerstag, den 19. Dezember, nachmittags 5 Uhr.

Die Sitzung wird vom Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet. Ausgelegt sind die Akten, betr. die letzten Stadtverordneten-Ergänzungswahlen.

Stadtver. Hugo Sachs referiert namens des Wahlsprüfungs-ausschusses über die gegen die Wahl der Stadtv. Jylicz und Karl Goldschmidt eingegangenen Proteste.

Entsprechend dem Auswahlantrage werden die Proteste für unbegründet und die Wahlen für gültig erklärt.

Zur Kenntnisnahme legt der Magistrat seine an den Minister des Innern in Sachen der Bestätigung des

Stadtrats Kaufmann als Bürgermeister gerichtete Vorstellung und den Wortlaut des abschlägigen Bescheides des Ministers vor.

Stadtver. Cassel (K. L.): Nachdem jetzt auch der Minister sich entgegen unserer Rechtsauffassung, der sich zu unserer Freude auch der Magistrat angeschlossen, auf den Standpunkt des Oberpräsidenten gestellt hat, und da wir kein Rechtsmittel und kein weiteres Beschwerde-recht haben, eine Immediateingabe an den König aber in dieser Rechtsfrage nicht angebracht erscheint, wird es Sache des Landtages und der Berliner Abgeordneten sein, die Regierung um Auskunft über die Gründe für ihre Stellungnahme zu ersuchen. Hoffentlich werden unsere Vertreter dort nicht auch so kurz abgesehen werden, wie wir. Bei dieser Sachlage, und da wir an die erfolgte Wahl gebunden sind und eine neue Wahl gar nicht vorzunehmen können, ohne die Städte-Ordnung zu verletzen, bleibt uns nichts übrig, als die Vorlage einfach zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall.)

Stadtver. Mommsen (K. Fr.): Ich lege bekanntlich das Gesetz anders aus als die Mehrheit und halte den Standpunkt des Ministers für den richtigen. Da ich aber auch nicht thun kann, um eine Entscheidung der Krone herbeizuführen (Heiterkeit), so bleibt auch mir nichts als Kenntnisnahme übrig. Währt die Wartezeit zu lange, so wird man doch vielleicht aus der Mitte der Versammlung Schritte thun, um aus diesem Dilemma, in das man sich ohne Not verkannt hat, herauszukommen. (Wurde.) Ich glaube, damit auch den Interessen der Selbstverwaltung zu dienen. (Widerpruch.) Der Magistrat hätte von dem Stimmverhältnis in seiner Mitte, davon, daß er in der Rechtsfrage einstimmig ist, nicht in der Eingabe sprechen sollen. (Abermalige Widerpruch.)

Stadtver. Dr. Preuss (K. L.): Ich habe darüber gerade meine Freude und Genugthuung auszusprechen. (Zustimmung.) Herr Mommsen ist nach ebenso wie der Minister die Begründung für seine Stellungnahme schuldig geblieben. Entweder ist uns die Wahl vorgeschrieben oder sie steht uns frei, eins oder

auch meinen Entsch. und Urteilen, wenn sie mir dereinst erstehen werden, die gleichen Meister zur Seite stehen: Dann bin ich überzeugt, wird unser Volk in der Lage sein, das Schöne zu lieben und die Ideale stets hochzuhalten!

Was der Kaiser in seiner Rede über den Idealismus, die Schönheit und die Aesthetik gesprochen hat, bewegt sich in dem Gedankenkreise der bekannten Akademie-Reden Anton v. Berners. Recht zutreffend sind seine Bemerkungen über die Klame, die neuerdings gewisse „idealistische“ Künstler heften, weil sie es mit allem Aufgebot nicht mehr erzwingen, günstig beurteilt zu werden.

Der Kaiser bekennt sich in seiner Rede zu der Antike, während bekanntlich sonst seine Meinung dahin geht, daß die Deutschen lieber brandenburgisch-preussische Monarchengeschichte treiben sollen, statt sich an Oriententum dem Rationalgefühl zu erfreuen. Und dieser Rationalist ist gerade angeht die Marmorgruppen in der Siegesallee im Kaiser gewaltig erregt; giebt es doch nach ihm keine Nation, die so berufen ist, die Ideale, die auf der Siegesallee Ausdruck finden, hochzuhalten, wie das deutsche Volk — eine Meinung, die durchaus vom Ausland geteilt werden dürfte, in neidloser Bewunderung.

Einen besseren Auftraggeber als Wilhelm II. können sich jedenfalls die Künstler nicht wünschen, soweit ihre Werke ein Körnchen ihres Charakters bergen. Er läßt ihnen volle Freiheit, sofer arcongiert das Geschichtliche und ihre Schöpfungen reist er ein unter den größten Kunstwerken der Menschheit. Die Siegesallee wird ihm zu einem Begriffs-wahrhafter Renaissance-Gruppe. Solch Lob muß für die Wildhauer, von denen die Gruppen hergestellt worden sind, recht angenehm sein, wenn es auch der eine oder der andre in seiner Bescheidenheit ablehnen mag, neben Michel Angelo gestellt zu werden.

Der Kaiser hofft, daß die neue Medicerkunst auf der Höhe der Siegesallee weiter blühen möchte bis zu seinen Ururen, wenn sie ihm dereinst erstehen werden.

Bis dahin dürfte auch das Urteil über den Kunstwert der Siegesallee-Gruppen einseitlich gefärbt und gefestigt sein. Heute teilen bekanntlich den Kunstgeschmack Wilhelm II. nur sehr wenige Leute. Nehmen wir an, daß er vor der Geschichte recht behält, daß zur Zeit der Ururen sein jetziges Urteil allgemeine Geltung erhalten haben und dann niemand mehr den Spruch eines Wamies citieren wird, der auch ein Künstler war, und der meinte: „Kunst kann niemand fördern als der Meister. Söhner fördern den Künstler, das ist recht und gut; aber dadurch wird nicht immer die Kunst gefördert.“

Das Wort stammt von — Goethe!
In jener Zukunft werden dann wohl auch die niederen Klassen durch die Kunst der Siegesallee idealistisch erhoben werden, was ihnen in der rauhen Gegenwart verlag ist. . .

das andre. Da die Bestätigungsfraße noch schwebt, so steht sie uns eben nicht frei; andernfalls wären wir nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, die anderweite Wahl vorzunehmen. Wir rechnen also einfach die Korrespondenz zur Kenntnis, ad acta. (Beifällige Zustimmung.)

Stadtver. Singer (K. L.): Ich habe mich selbstverständlich nicht in die Differenzen des Herrn Mommsen mit dem Magistrat einzumischen; der Magistrat wird es wohl kaum für nötig halten, sich dagegen zu verteidigen. Ich wünsche nur, daß beim Magistrat öfter Einmütigkeit in solchen die Selbstverwaltung betreffenden Fragen vorhanden wäre. Herr Mommsen sieht die sicherste Beilegung der Selbstverwaltung nur darin, daß man nur das thut, wofür man der Zustimmung des Königs oder der Staatsregierung gewiß ist, was ja nach einer Ausführung des Oberbürgermeisters identisch ist. Wir stehen auf dem Boden der Verordner, und ich habe nur noch den dringenden Wunsch, daß die Auffassung, welche der Kollege Cassel kundgegeben hat, eine dauernde sein möge. Ich glaube allerdings, daß in diesem wie in manchen andern Fällen energisches Festhalten an dem einmal gefassten Beschluß notwendig ist. Die Sache ist nicht nur für die Selbstverwaltung von großer Bedeutung; die Frage spielt sich dahin zu, ob in Preußen das persönliche Regiment oder das Gesetz herrschen soll. Die Auffassung, welcher Herr Cassel Ausdruck gegeben hat, stützt sich zu meiner Freude auf die Grundbesitzer, welche bisher immer für echt liberal gegolten haben. Hoffen wir also, daß nicht nach einigen Monaten aus dem Zwange der Verhältnisse heraus die Rechtsfrage wieder beiseite geschoben wird! (Beifall.)

Oberbürgermeister Kirchner: Ich soll bei einer Gelegenheit erklärt haben: Der König, das ist der Staat. Ich bitte Herrn Singer, den unkorrigierten stenographischen Bericht nachzulesen; der Staat, das ist in diesem Falle der König. Es handelte sich um einen Weg unter den Linden, der zum königlichen Schloß führt, und es ist da vollständig richtig, daß die Entscheidung, welche der Staat zu fällen hätte, von dem König zu fällen war. Ich setze voraus, daß die einschneidenden Worte nur überhört worden sind, und ich wollte mit meiner Erklärung nur einer Legendenbildung vorbeugen.

Stadtver. Ulrich II. (Bürgerp.): Die Versammlung hat sich in der Bürgermeisterfrage blamiert. (Großer Lärm und Protestrufe. — Vorsitz: Herr: Das lassen wir uns nicht gefallen! Beifall.) Die Sprache ist dazu da, Begriffe richtig zu bezeichnen. (Zuruf des Stadtv. Stadthagen: Da muß man erst Begriffe haben; unsere Begriffe haben wir! (Unhaltende lärmige Heiterkeit.) Sie haben Herrn Kaufmann gewählt, weil er ein in der Wölle gefärbter roter Demokrat ist. (Große Lärme.) Nun haben Sie gehört: Nein, er bekommt nur nicht, der neue Bürgermeister! Und er ist auch nicht bestatigt worden. Mit der Kandidatur des Herrn Kaufmann sind Sie mitten durch! (Lachen, Zurufe: Abschiedsrede! Große Heiterkeit.) Stadtv. Sachs II: Sie sind als Stadtv. Stadtv. Stadthagen durch! Erneute Heiterkeit.) Der Oberpräsident hat Sie darauf verwiesen, daß die Wiederwahl gleichsteht der Verjagung der Wahl. Ich sehe auf demselben Standpunkt wie Herr Mommsen und freue mich dieser Befestigung. . . (Zwischenruf: . . . in diesem Punkte. Derselben Aufsicht ist jeder, der den § 33 der Städte-Ordnung mit Unbefangenheit liest und nicht mit Schläue. Der Oberpräsident handelte doch, das hätten Sie sich sagen müssen, zweifellos in voller Übereinstimmung mit seinem Vorgehen; der Appell an die höhere Instanz war also von vornherein vergeblich. Sie sind nun in einer recht unangenehmen Situation. (Zwischenruf: Sie bleiben ja gar nicht hier! Heiterkeit.) Sie kommen mir vor, wie ein Staspieler, der ein schönes Spiel in der Hand hat und nun merkt, daß alle Trümpe in einer Hand sitzen. Das habe ich Ihnen bewiesen. (Zwischenruf: Sie haben gar nichts bewiesen! Oher, ehlicher Seemann!)

Stadtver. Cassel: Der Stadtv. Stadtv. Ulrich und der Kollege Mommsen (Zuruf des Stadtv. Mommsen: Nun bringen Sie mich auch noch mit dem zusammen! — Stürmische Heiterkeit.) . . . ja, dafür kann ich doch nicht . . . reden von einer juristischen Begründung, die Sie gegeben haben wollen, und Sie haben doch nur Unbilligkeitsgründe geltend gemacht, die in einer Rechtsfrage nicht entscheidend sein dürfen. Herr Singer drückt den Wunsch aus, daß wir an unserer Rechtsauffassung festhalten mögen. Wir haben ihm noch nie zu zweifeln in dieser Beziehung Veranlassung gegeben und bedürfen keiner Ermahnung.

Stadtver. Singer: Ich muß ja nach Einsicht des stenographischen Berichts erklären, daß der Oberbürgermeister allerdings eine Einschätzung gebraucht hat, die ich überhört habe. Ich habe danach nur auszusprechen, daß ich mich freue, dem Oberbürgermeister Gelegenheit gegeben zu haben, diese falsche Meinung aufzuklären, die durch ein Versehen meinerseits hervorgerufen worden ist. (Beifall.)

Stadtver. Mommsen: Ich hätte mich nicht mehr zum Worte gemeldet, wenn ich nicht das Maßmaß gehabt hätte, mit dem Stadtver. Ulrich, der heute die letzte Sitzung hier mitmacht, zusammen genannt zu werden. Es ist selbstverständlich, daß ich in den Motiven von Herrn Ulrich abtueide. Herr Cassel bestreitet mir wiederum, daß ich eine Rechtsauffassung dargelegt hätte. Das ist nicht richtig. Ich habe nur im Interesse der Selbstverwaltung auch noch faktische Rücksichten geltend gemacht, da nun einmal die Frage zweifelhaft sei. Diesen Zweifel wird auch der Landtag nicht lösen. Damit schließt die Debatte.

Persönlich bemerkt
Stadtver. Stadthagen: Herr Ulrich der Zweite hat meinen Zwischenruf durchaus richtig verstanden. Er hatte dargelegt, die deutsche Sprache sei dazu da, Begriffe auszudrücken. Da rief ich dazwischen: Man muß auch Begriffe haben. Ich habe damit nicht gesagt, daß Herr Ulrich nicht auch einmal Begriffe haben würde. (Vorsteher: Nur persönlich!) Das ist doch so persönlich, wie es nur sein kann. (Stürmische Heiterkeit.) Ich will mich bloß von dem Verdachte reinigen, als ob ich ihm untergeschoben hätte, er habe überhaupt keine Begriffe.

Nach weiterer persönlicher Bemerkungen zwischen Stadtv. Ulrich und Stadthagen bemerkt

Vorsteher Dr. Langerhans: Ich stelle fest, daß wir von der Vorlage Kenntnis genommen haben. (Große Heiterkeit.) Die Vorlage betreffend die Einrichtung des jetzigen Sanatoriums Gäteroy als Heimstätte für kränkelnde Männer und die Verlegung der Heimstätte Ralchow mit kranken Frauen geht auf Antrag Nr. 2 an einen Ausschuss.

Es folgt in gemeinsamer Sitzung beider Gemeindebehörden die

Wahl von 8 Mitgliedern und 8 Stellvertretern des Steueranschlusses der Gewerbesteuerklasse I

für den Veranlagungsbezirk Berlin und eines weiteren Mitgliedes und Stellvertreters zum Zwecke der Veranlagung der Warenhaussteuer für 1902-4.
Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters werden durch Zufall gewählt: Kaufmann Vorchard, Kommerzienrat Friedländer, Fabrikbesitzer Hedmann, Kommerzienrat Jordan, Kaufmann Simon, Bankdirektor Weiß, Kaufmann Heilmann, Kurwächter Bösch; als Stellvertreter Kaufmann Manheimer, Kaufmann Max Wejach, Hof-Nichterrmeister Großhans, Brauereidirektor Knobloch, Kaufmann Küster, Richard Schaffer, Paul Niesel, Direktor Max Weisse; endlich für die Warenhaussteuer Stadtv. Vandenberg und Louis Thiele.

Die Vorlage wegen Anlaß eines Schulgrundstücks an der Straße 9a bei der Romintenerstraße wird an einen Ausschuss.

Arbeitslosen-Interpellation.

Am 27. v. M. haben die Stadtv. Augustin u. Gen. folgende Anfrage an den Magistrat gerichtet:

Welche Maßregeln gedenkt der Magistrat zu ergreifen, um der gegenwärtig in Berlin herrschenden und sich im Laufe des Winters voraussichtlich noch erhöhenden Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken?

Am 5. Dezember hat der Magistrat seine Bereitwilligkeit erklärt, die Anfrage zu beantworten und zugleich eine Anzahl von

statistischen Tabellen als das Ergebnis der von ihm bezüglich der Arbeitsverhältnisse in Berlin angestellten Erhebungen überreicht. Es sind dies:

1. Uebersicht über die Zahl der Krankenkassenmitglieder von November 1900 bis Dezember 1901;
2. Zusammenstellung über den Erlös aus dem Verkauf der Invalidenversicherungs-Marken in den einzelnen Monaten 1900 und 1901;
3. Uebersicht über die Höhe der Unterstufungen, welche im III. Quartal der Jahre 1900 und 1901 von einer Reihe von Gewerkschaften und von den Gewerksvereinen an arbeitslose Mitglieder gezahlt worden sind;
4. Uebersicht über die Verurteilungen wegen Bettel und Obdachlosigkeit in den einzelnen Monaten 1900 und 1901;
5. Uebersicht über die Höhe der Einzahlungen und Rückzahlungen der städtischen Sparkasse in den Jahren 1900 und 1901;
6. Zusammenstellung über die Bewegung der Bevölkerung in den ersten zehn Monaten der letzten beiden Jahre;
7. das Ergebnis der Arbeitslosen-Zählung gelegentlich der allgemeinen Volkszählung von 1895.

Da eine Sitzung der Versammlung am Donnerstag, 12. Dezember, nicht stattgefunden hat, kann der Gegenstand erst jetzt zur Verhandlung gelangen.

Stadtv. Dupont (Soc.): Wir haben die Interpellation an den Magistrat gerichtet, nicht weil angenommen werden könnte und von einer Anzahl Einwohner noch angenommen wird, daß es keine eigentliche Notlage gebe, sondern weil eine wirkliche Notlage vorliegt, und wir erwarten eine Auskunft darauf, daß sich weiter darüber reden läßt. Ich hoffe, Sie werden vor der Erörterung des Themas keinen Horror haben. Es ist eine Arbeitslosigkeit in großem Umfange vorhanden. Die uns zugegangenen statistischen Aufstellungen befriedigen uns keineswegs. Bei dem Hinweis auf die Arbeitslosigkeit von 1895 heißt es, damals wären die erwerbsfähigen Arbeitslosen 2,22 Prozent der Bevölkerung gewesen und Klagen über ungewöhnliche Arbeitslosigkeit nicht erhoben worden. Damals gab es 37 000 erwerbsfähige Arbeitslose, in diesem Jahre könnte man mit nicht mehr als 42 000 rechnen, ergo könnte in diesem Jahre von ungewöhnlicher Arbeitslosigkeit nicht gesprochen werden! Aus dem Krankenkassen-Material hat der Magistrat eine Aufstellung gemacht. Wir hatten 1899 56 Orts-, 38 Betriebs- und 19 Jungerkrankenkassen, zusammen 111, und nur aus 14 Kassen wird uns Material gegeben; nur etwas über 11 000 mehr männliche Krankenkassen-Mitglieder sollen vorhanden sein als im vorigen Jahre. Die Gewerkschaftskommission hat ebenfalls eine Umfrage bei diesen Kassen gehalten, kommt aber, trotzdem auch ihr Material nicht ausreichend sein kann, zu ganz anderen Schüssen. Am 1. Oktober d. J. waren gegen den 1. Oktober 1900 weniger Mitglieder: in der Metallindustrie 9313, in der Electricitätsindustrie 2809, in der Holzindustrie 2643, in der Bekleidungs-, Bau- und anderen Branchen zusammen 17 906. Ganz außer acht gelassen worden ist, daß die Selbstzahler, die trotz Arbeitslosigkeit den Kassen treu bleiben, hier garnicht mitgezählt sind; da mühte also noch eine besondere Aufstellung gemacht werden. 7676 erwerbsfähige Personen sind in 50 Betrieben der Metallindustrie weniger beschäftigt gewesen am 1. Oktober d. J. gegen das Vorjahr. Die Zählung wurde im ganzen in 419 Betrieben vorgenommen; man ist also fleißig bestrebt gewesen, einen Uebersicht zu geben über die Arbeitslosigkeit, und diese Umfrage zeitigte also auch ganz andere Resultate. Nach diesen Zahlen waren in der Metallindustrie 1900 im Oktober beschäftigt 47 916, in diesem Oktober 34 843, ergo 13 073 weniger in dem einzigen Gewerbe hier in Berlin. Im Vongewerbe lag es im Sommer schlimmer als im Herbst. Durch die hereinbrochene Krise zeigte sich das Bestreben, Gelder als Vangelder herzugeben, die früher für die Industrie gegeben worden waren. Das hat aber sofort ein Ende, sowie die Mietloshäuser fertiggestellt sind, und aufs Frühjahr ist für die Maurer und Zimmerer weit weniger Aussicht als in früheren Jahren.

Ferner haben die Steinmetzen und Steinbildhauer davon auch nicht in demselben Maße relativ Vorteil gezogen, weil es sich bloß um gewöhnliche Mietloshäuser handelt. Bei sechs Firmen waren Ende Oktober 1900 295, jetzt bloß 133; ähnlich die Zahlen der Steinbildhauer 192/17. Die Vorlage will uns auch an der Arbeitsnachweis-Statistik vordemonstrieren, daß von einer besonderen Notlage keine Rede sein kann. Auf 100 offene Stellen kommen Arbeitsjüngende 1900 im Juni 132, in diesem Juni 189, Juli 111 zu 148, August 106 zu 147, September 97 zu 130. Die Ermittlungen der Gewerkschaftskommission ergeben bei 10 Gruppen im Durchschnitt: August 148 zu 202, September 139 zu 194, Oktober 180 zu 220. Die Gesamtsumme der Arbeitslosen war zu Anfang November nach der Kommissionsenquete wenigstens 50 000. Sowie die Weihnachtarbeiten vorüber sind, wächst diese Zahl noch ganz bedeutend, so daß wir bis ins Frühjahr mit mindestens 60—65 000 zu rechnen haben. Daß die Not in diesem Jahre groß ist, können Sie auch an anderen Zeichen erkennen. Drei Pastoren von der Himmelshafen-Gemeinde haben in ziemlich deutlicher Art ausgedrückt, wie schlimm es mit der Arbeitslosigkeit steht. „Wie haben wir für unsere Armen öffentlich zu Gaben aufgefunden, aber dieses Winters Rot ist zu groß; gestiegene Mieten und verschlechterte Arbeitsgelegenheit wirken zusammen.“ (Hört! hört!) Und selbst die „Kreuz-Ztg.“ hat in ihrem Interpellations-Kontrast die Armen Lazarus veröffentlicht, wo um einige Prozente für die Hungernden gebeten wird. Nach der „Tägl. Rundschau“ allerdings und zahlreichen ähnlichen Organen ist ja gar kein Rotstand, sondern nur Arbeitslosigkeit wie in jedem Jahre während der Wintermonate. Dieser fallchen Anschauung treten wir entgegen im Interesse der Rotleidenden. Erörterungen der Frage haben stattgefunden in Mannheim, Dresden, Magdeburg, Eisen, Charlottenburg, sogar der erzkonservative sächsische Landtag hat sich damit befaßt und der Reichstag wird demnächst auf eine Interpellation der Socialdemokraten darauf eingehen haben. Daß Sie hier die Frage von höheren socialpolitischen Gesichtspunkten aus betrachten werden, hoffen wir. Mit Schneeschuppen und Sandlarren ist die Frage nicht zu lösen. Soll sich nicht auch die Kommune mit der Arbeitslosenversicherung beschäftigen? Ich kann mir wohl denken, daß sich im Magistrat eine Person, sei es auch der Oberbürgermeister, es zur Ehre rechnet, die Frage anzuschneiden und zu einer Vorlage zu verdrängen. Die Arbeitslosen-Versicherung muß der übrigen Arbeiterversicherung angepaßt werden; es muß ausgedrückt werden, daß hier eine Pflanz der Gesellschaft vorliegt, die Stenisten, die Arbeitslosen, die nichts beziehen, wenn sie keine Armenunterstützung nehmen, wenn sie nicht politisch entrechtet werden wollen, zu unterstützen. Eine Arbeitslosenversicherung wäre gewissermaßen die Krönung des socialreformatorischen Gebäudes, und wir erwarten, daß diese Frage im Reichstag oder in den Kommunen demnächst ihrer Lösung entgegengeht. Die organisierten Arbeiter haben versucht, durch Unterstufungen den Rotstand zu mildern, in diesem Jahre ist von den Gewerkschaften doppelt soviel gezahlt worden als im vorigen Jahr. Hier tragen die Gewerkschaften allein die Kosten. Nach der Vorlage haben ja 10 Gewerkschaften hierfür 38 289 M. im dritten Quartal mehr ausgegeben, als im Vorjahr. Das sind aber bloß die organisierten Arbeiter. Wie ist es mit den unorganisierten? Die stehen nicht etwa alle in Arbeit, sie sind noch viel bedürftiger und können nicht einmal die Beiträge für die Gewerkschaften aufbringen. Diese Unterstufungen sind aber auch durchaus unzulänglich; mit Ausnahme der Buchdrucker, die 14 Mark wöchentlich zahlen, werden nur 7 Mark pro Mann von den meisten Gewerkschaften gewährt. Neben dem regulären Beitrag haben manche Gewerkschaften freilich noch etwas Besonderes getan. In der Bildhauergewerkschaft zahlt jetzt schon seit fünf Wochen jeder Arbeitende 8 Prozent seines Verdienstes extra, damit die Ausgesteuerten und die noch nicht Bezugsberechtigten eine Extra-Unterstützung erhalten können. Die Gewerkschaften selbst fühlen also heraus, es muß etwas Besseres getan werden. Was kann die Kommune thun? Man spricht von Rotstandsarbeiten, es können darunter auch sogar unproduktive Arbeiten verstanden werden. Diese Anforderung stellen wir nicht, aber es sollten die von uns be-

schlossenen Arbeiten während der Zeit des Rotstands besonders gefördert werden. (Sehr richtig!) Es sollte mit Fleiß und Eifer nach dieser Richtung hin gearbeitet werden. Ich richte ferner das Gesuch an den Magistrat, daß er die Leistungen der Deputationen anweise, etwas humaner vorgehen. Der Schmied Frömmig, Hagelsbergerstraße, wandte sich an die Werkstätte der städtischen Wasserwerke in der Reichsforstraße. Dort hieß es, würden nur Erdarbeiter verlangt, er könne nicht eingestellt werden. Auf seinen Einwand, wenn er auch Schmied sei, würde er doch die Erdarbeiten ausführen, um seine Familie zu ernähren, wurde er trotzdem abgewiesen. (Hört! hört!) Wird das allgemein so gehandhabt? — Ferner muß Sorge getragen werden, daß mit Steuernachlässen, soweit wie möglich, entgegengekommen wird; dann sollte der Magistrat den tariflichen Vereinbarungen zwischen Unternehmern und organisierten Arbeitergruppen größere Aufmerksamkeit zuwenden und von den Unternehmern, denen er Arbeiter überträgt, die Innehaltung derselben verlangen. Ferner kommt die Streikklausel in Betracht, daß die Unternehmer jetzt nicht noch mehr auf die Löhne drücken und dadurch die Verhältnisse noch verschlimmern. Hagen i. B. hat den Versuch gemacht, den Arbeitslosen Arbeit zu geben durch Ausschreibung von Arbeiten in eigener Regie, das halte ich für eine sehr wohlweisliche Taktik, der Profit der Unternehmer kommt dadurch den Arbeitern zu gute. Wie die Einlagen der Sparkasse mit dem Rotstand in Verbindung stehen, weiß ich nicht, denn die Arbeiter sind am wenigsten in der Lage, Ersparnisse zu machen. (Zuruf: Schlimm genug!) Dieser Zwischenruf ist charakteristisch. Wenn die Arbeiter sparen würden, wäre es noch viel schlimmer wie jetzt (Widerspruch); wenn nicht Zug um Zug ausgegeben wird, was eingenommen wird, so ist der Rotstand nachher doch noch größer. Ich glaube nachgewiesen zu haben, daß ein Rotstand da ist; es muß also etwas getan werden.

Die gründliche Lösung der Frage kann nur erfolgen in der kommenden Gesellschaft, in der die Socialdemokratie das Scepter führen wird. (Unruhe.) Wir verlangen in unserer Bescheidenheit nur das Notwendigste von Ihnen, und von der Antwort des Magistrats wird es abhängen, ob wir Jutonen zu ihm haben können oder ob wir uns sagen müssen: Nein, es ist auch in dieser Beziehung von ihm nichts zu erwarten. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Stadtrat Fischbeck: Der Vorredner hat angedeutet, die Zahlen des Magistrats sollten nachweisen, es sei kein Rotstand vorhanden. Gegen diesen Vorwurf der Tendenz muß ich Verwahrung einlegen. Er benützt unsere Zahlen. Wir haben jede Krankenkasse gefragt und das Resultat jeder Klasse aufgenommen, die 14 Klassen sind als große Klassen noch besonders aufgeführt. Auch die „berechtigten“ Mitglieder, die sich freiwillig versichern, sind in der Statistik mit aufgeführt, eine wesentliche Steigerung hat hier gegen das Vorjahr nicht stattgefunden. Aus den gegebenen Zahlen sind sehr wesentliche Schlüsse zu ziehen. In gewissen Gewerben hat sich sogar noch eine Zunahme ergeben. Ein offensichtlicher Rückgang in der Beschäftigung und Arbeitsmöglichkeit ergibt sich wiederum in der Metall-, Maschinen- und Electricitätsbranche, wo tatsächlich Tausende ohne Beschäftigung sind. Anders bei den weiblichen Mitgliedern der Krankenkassen; da hat sich die Zahl der Beschäftigten gesteigert; noch nie waren so viel Arbeiterinnen beschäftigt als gerade im Augenblick in Berlin. Nach einer Arbeit unres. statistischen Amt über die Zeit von 1892 bis November 1900 war in diesem letzten Monat die höchste Beschäftigungsgelagenheit. In jedem Jahre ergibt sich ein Rückgang der Hochkonjunktur in den Wintermonaten. Mit Rücksicht auf die Vermehrung der Bevölkerung ist die Zahl der Beschäftigten auf je 1000 der Bevölkerung ermittelt worden und die Kurve macht die gleiche Bewegung. Ein gewisser Mangel an Arbeitsgelegenheit steht fest bei den Metallarbeitern. Ein Teil der Firmen hat keinen Arbeitsmangel, ein anderer Teil hat nur die Arbeitszeit beschränkt. Nur in der Metallindustrie sind auch Arbeiterentlassungen in erheblichem Maße eingetreten und ist die Arbeitszeit um 1—3 Stunden täglich herabgesetzt, einzelne Betriebe feiern sogar einen halben oder ganzen Tag in der Woche. Unsere Tabellen verschleiern nicht.

Die von den Gewerkschaften und überlieferten Ermittlungen teilen wir nicht mit, weil die Nachprüfung ergab, daß dieses Material thatsächlich nicht als sichere Unterlage anzusehen ist. (Hört! hört!) Die angestellten Stichproben ergaben bedenkliche Abweichungen. In einem Betriebe sollte die Arbeiterzahl von 800 auf 45 zurückgegangen sein, nach Auskunft der Arbeiter war das thatsächliche Verhältnis 191:102 (Hört! hört!). Bei fast allen Betrieben, wo wir angefragt haben, ging es uns ebenso, bei einzelnen dagegen stimmt alles genau; den Vorwurf tendenziöser Aufstellung erheben wir daher keineswegs. Redner kommt auf die Steigerung der Sparleistungen sowie die Verminderung des Zuganges nach Berlin zu sprechen. Daß 80 000 Arbeitslose in Berlin sind, bezweifeln wir durchaus, andererseits ist es Thatsache, daß in jedem Winter eine größere Zahl von Arbeitern beschäftigungslos ist. Unsere Statistik, die fortgesetzt werden wird, bringt uns zu der Erkenntnis, daß in der Frage vielfach übertrieben wird. Das muß ausgesprochen werden, denn die künstliche Erregung von Entmutigung muß schließlich zum Nachteil der Arbeiter ausfallen. Der Magistrat hat schon vor 2 Monaten eine Kommission für die Prüfung der Frage und zur Formulierung von Vorschlägen eingesetzt. Rotstandsarbeiten will auch der Interpellant nicht, sondern Förderung bzw. sofortige Begehung der geringen vorbereiteten städtischen Arbeiten. Schon am 28. November hat der Oberbürgermeister eine dementsprechende Verfügung erlassen, nach der eine Reihe Verwaltungen auch bereits verfahren. Vom Schneeschuppen sollte man nicht so wegwesend sprechen; es ist doch nichts Geringes, wenn 1250 Leute extra eingestellt sind mit 200 M. pro Tag entlohnt werden. Diese 1250 sind nur mit Mühe und Not zusammengebracht worden (Hört! hört!), dabei wurde kein Arbeitsloser zurückgewiesen — auch ein Beweis, daß die Sache so schlimm nicht aufgefaßt werden darf. Uebrigens liegen eine Reihe von Projekten fertig da und können jeden Augenblick vor die Versammlung gebracht werden, für den Fall, daß weitere Arbeiten sogleich auszuführen für erforderlich erachtet wird. Eine allgemeine Arbeitslosen-Versicherung kann die Kommune nicht ausführen, denn sie hat kein Mittel, die Arbeiter zu Beiträgen zu zwingen, diese Einrichtung kann nur das Reich treffen. Ueber den socialdemokratischen Zukunftsstaat hat der Berliner Magistrat nicht zu beschließen. (Große Heiterkeit.) Was geschehen kann, ist geschehen, wenigstens haben wir uns bemüht, Mittel und Wege zu finden, und werden weiter bemüht sein. (Lebhafter Beifall.)

In der auf Antrag Singer beschlossenen Besprechung faßt

Stadtv. Karl Goldschmidt (R. L.) aus, daß der Magistrat für seinen Fleiß und seine Thätigkeit in der Untersuchung der Rotstandsfrage alle Anerkennung verdiene. Er stimmt dem Interpellanten darin zu, daß auch von Stadt wegen alles, was geschehen könne, auch geschehen solle, um zu verhindern, daß die Löhne weiter herabgedrückt werden. Die tariflichen Vereinbarungen müßten revidiert werden. Die Arbeitslosenversicherung kommunal zu gestalten, sei undurchführbar, diese sollten Gewerkschaften und Gewerksvereine zu einer Berufsaufgabe machen, dann würden die Arbeiter viel besser dran sein. Redner sündigt einen Antrag an, wonach das Bauereiland an der Woblfersstraße und der Straße 43 schleunigst durch Beschäftigung von Arbeitslosen von dem dort lagenden Müllhaufen befreit werden soll.

Stadtv. Jubel (Soc.): Wir erkennen gern die fleißige und außerordentliche Arbeit an, welche der Magistrat geleistet hat. Früher wurde solchen Fragen von dort aus eine gleiche Behandlung nicht zu teil. Wir dürfen wohl diese neue Behandlung auf unser Konto setzen. (Widerspruch und Zustimmung.) Wenn Kollege Goldschmidt die Frage der Arbeitslosen-Versicherung von Gemeinde wegen für unlösbar hält, so ist heute das näher zu untersuchen nicht die Zeit, kann aber die Gemeinde sie nicht lösen, so können die städtischen Behörden viel dazu beitragen, daß sie endgültig durch das Reich gelöst und die Aus-

führung zum Teil den Kommunen übertragen wird. Daß es schwierig gewesen ist, die 1250 Hilfskräfte für die Straßenreinigung zu bekommen, ist mir unverständlich. Wie ist mit der Bekamtnachung verfahren worden? Der Herr Stadtrat braucht ja nur das Straßenbild an den Stellen, wo der Arbeitsmarkt ausgegeben wird, anzusehen, da wird er sich von dem gewaltigen Ansteigen der Arbeitslosigkeit überzeugen können; auch der Polizeipräsident kam es ihm befälltigen, der vernechte Mannschaften für die Sicherung des Verkehrs und der Ordnung an jenen Stellen braucht. Der vermehrte Abzug der Bevölkerung im April und Oktober beweist nichts für vermehrte Arbeitslosigkeit; es haben zu diesen Terminen so zahlreiche und starke Mietsteigerungen stattgefunden, daß die Arbeiter zahlreich in die Vororte ziehen mußten, ohne daß der Arbeitsmarkt im mindesten entlastet wurde. (Sehr richtig!) Die Zahlen für die Invalidenmarken-Erlöse haben gar keine Beweiskraft, auch nicht die Steigerung des Erlöses in der Provinz Brandenburg. In Berlin sind neben den Metallarbeitern die Arbeiter in der Holzbranche hart betroffen. Ein Fabrikant hat die Zahl seiner Arbeiter von 70 auf 10 reduzieren müssen und das nicht vor Weihnacht; zu seinem Bedauern war er dazu genötigt durch eine Verzögerung, welche die städtische Bauverwaltung verschuldet hat. (Hört! hört!) In der Maschinenindustrie sind wir erst am Anfang der Krise, sie wird eine Reihe anderer Industrien in Mitleidenhaftigkeit ziehen. (Sehr richtig!) Es kommt auch sehr auf den Zeitpunkt der Erhebungen an; wenn die Gewerkschaftszahlen nicht stimmen, so kann sehr wohl jetzt, nicht vor Weihnacht, wieder eine kleine Zunahme, z. B. in der Metallindustrie, eingetreten sein. Eine fürsorgliche Stadtverwaltung beugt derzeit vor. Die Arbeiter wollen Arbeitsgelegenheit, nicht Armenunterstützung; (lebhafteste Zustimmung.) sie wollen arbeiten, sie wollen nicht politisch entrechtet werden. Wir brauchen ein Arbeitsamt, damit nicht erst immer wieder so langwierige Statistiken aufgenommen zu werden brauchen, ehe etwas geschehen kann. In den Baubüros wird viel zu viel gezögert, während gerade die städtischen Bauten auch im Winter ganz anders gefördert werden könnten. Wir sehen das an dem Juten-Anstaltsbau in Dues, an dem Birchow-Krankenhaus. Alles geht den Schneekgang, es fehlt am Notwendigsten, in Berlin z. B. an Schulbauten.

Oberbürgermeister Kirschner: Der letzte Redner hat meine Hoffnung, daß die Erörterung sich auf der Höhe der Objektivität der Begründung halten würde, bitter getränkt. (Widerspruch.) Wir hören wieder Angriffe auf die städtische Verwaltung. Der Vorredner kam doch im einzelnen darüber keine genaue Information haben. Im einzelnen mag ja den einen oder andern Bau mehr Beschleunigung zu wünschen sein; aber solche Einzelheiten können die Lösung der allgemeinen Frage wirklich nicht fördern. Die Anregung des Stadtv. Goldschmidt ist unnötig; es werden je nach Lage der Umstände von uns aus die entsprechenden Anträge kommen. In Dues haben gerade Streiks der Arbeiter die Fortführung der Bauten aufgehalten, wir machen auch den Arbeitern keinen Vorwurf daraus.

Stadtv. Hugo Sachs (R. L.) hält dafür, daß der Stadtrat Fischbeck den Socialdemokraten viele Pfeile aus ihrem Köcher genommen hat. Die Magistratsvertreter hätten sich der Angelegenheit mit dem vollsten Ernst angenommen. Auch er wolle die Arbeiter nicht auf Armenunterstützungen verweisen, sondern erwarten, daß für den Fall einer wirklichen Katastrophe der Magistrat auch willig seine Hilfe leisten werde, ihr entgegenzutreten.

Stadtv. Bruns (Soc.): Der Vorwurf mangelnder Objektivität gegen meinen Freund Jubel ist unberechtigt. Er hat nur gemeint, daß schon unsere Anwesenheit in der Versammlung dem Magistrat schnellere Reine gemacht hat, und das steht fest, wenn man mit den heutigen die früheren Verhandlungen vom Magistratsrat vergleicht. Unsere Bauten gehen vielfach zu langsam vor sich, das geben auch zahlreiche Kollegen außerhalb unserer Partei sehr unverblümt zu. Bei dem Streik in Dues lag die Schuld auf Seiten der Unternehmer; nicht die Arbeiter haben feivol auf den Streik hingearbeitet; das wollte ich hier bloß zur Steuer der Wahrheit feststellen.

Darauf schließt die Besprechung.

Den mit Ende dieses Jahres aus der Versammlung scheidenden Mitgliedern spricht Vortrager Dr. Jangermann den Dank und die Anerkennung der Versammlung für ihre kommunale Wirkksamkeit aus.

Teile Nachrichten und Depeschen.

Breslau, 18. Dezember. (B. S.) Zu dem dreifachen Mord in Goldbach werden dem „Bresl. Gen.-Anz.“ aus Meinerz folgende Einzelheiten gemeldet: Der Glasbleisergeselle Karl Biergens versuchte in einem Wahnsummanfall seine Mutter zu erschlagen. Als die bedrohte Frau die Nachbarn zu Hilfe rief, hatte der Wahnstunne seinen drei kleinen Brüdern im Alter von 2 1/2, 4 und 8 Jahren mit einem Weil die Köpfe abgehauen. Die Leichen, deren Köpfe zerhackt waren, fand man nebeneinander auf dem Fußboden liegen.

Leipzig, 19. Dezember. Wie die „Leipziger Volkszeitung“ aus Halle meldet, wird Anfang Januar eine Konferenz mitteldeutscher Kohlenwerke hier zusammentreten. Wie verlautet, soll über die „Gemeine Lohnreduktion“ und eventuellen Anschluß an das zu bildende sächsische Kohlenyndikat Beschluß gefaßt werden.

Dresden, 19. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Im Besoldungsprozeß Simon erhielten die Genossen Fleißner und Rißke zusammen 2400 M. Geldstrafe.

Leit, 19. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei den hiesigen Stadtverordneten-Wahlen der dritten Abteilung stiegen 3 bürgerliche und 2 socialdemokratische Kandidaten.

Paris, 19. Dezember. (B. S.) Heute wird der bekannte Weltreisende de Bint vom Nordbahnhof aus eine Reise zu Fuß nach New York unternehmen. Er wird den Weg der transsibirischen Eisenbahn benutzen, dann das, wie er hofft, zugestorene Beringsmeer überschreiten und von Clondyke aus seine Wanderung nach New York fortsetzen.

Florenz, 18. Dezember. (B. S.) Hier wurde eine Fälscherbande entdeckt, die falsche Aktien der Stadtanleihe von Florenz im Betrage von mehreren Millionen Lire angefertigt hat. Die meisten Mitglieder der Bande sind verhaftet.

Barcelona, 19. Dezember. (B. L. B.) Von ausländischen Metallarbeitern wurde heute auf nicht ausständigen Arbeiter einer Fabrik geschossen; letztere und auch der Besitzer der Fabrik erwiderten die Schüsse, drei ausländische Arbeiter wurden verwundet, zwei von ihnen schwer. Die Polizei stellte die Ordnung wieder her, der Fabrikbesitzer und eine Anzahl Arbeiter wurden verhaftet.

New York, 19. Dezember. (B. L. B.) Nach einer Depesche aus Salinas in Kalifornien hat dort ein Zusammenstoß zweier Expresszüge der Southern Pacific-Eisenbahn stattgefunden. Etwa 12 Personen sollen ums Leben gekommen und 50 verwundet worden sein. Der nach Norden fahrende Zug ist zum Teil verbrannt.

New York, 19. Dezember. (B. L. B.) Bei dem Zusammenstoß der beiden Expresszüge auf der Southern Pacific-Bahn sind den letzten Nachrichten zufolge zwei Personen getötet und vier verletzt worden.

New York, 19. Dezember. (Weld. des „Newerischen Bureau“.) In einer Fabrik in Pittsburg hat heute eine Gasexplosion stattgefunden. Zehn Arbeiter wurden getötet, fünf verletzt, davon drei tödlich.

Wieder ein Spiegel entlarvt.

In polizeilichen Kreisen giebt man sich fortgesetzt die größte Mühe, hinter die Geheimnisse zu kommen, die man bei der Socialdemokratie vermutet. Dabei haben aber die eifrigen Beamten der wühlerischen Polizei zumeist das Pech, von untreuen Genossen erkannt zu werden, ehe es ihnen gelungen ist, hinter die schwarzen Geheimnisse der roten Revolutionäre zu kommen, und so muß der Spiegel, dem sein sonderes Handwerk vorzüglich ist, mit langer Nase abziehen. Der kürzlich von uns mitgeteilten Spiegelgeschichte aus dem vierten Wahlkreise können wir heute ein ähnliches Vorkommnis hinzufügen, welches sich im fünften Wahlkreise abspielte, und das wegen seines ergötzlichen Verlaufes das Interesse unserer Leser verdient.

Im Juli dieses Jahres ließ sich ein Mann unter dem Namen Karl Schneider als Mitglied in den socialdemokratischen Verein für den fünften Berliner Reichstagswahlkreis aufnehmen. Karl Schneider wollte aber nicht nur ein unbekanntes Dasein in den Mitgliederlisten des Vereins führen, sondern es verlangte ihn sehr häufig, persönliche Beziehungen mit bekannten Parteigenossen des Wahlkreises anzuknüpfen. In dieser Absicht näherte er sich zunächst unserm alten Genossen Jakob Reul. Karl Schneider machte in Reuls Eigaraden hin und wieder kleine Einkäufe. Mit Vorliebe kam er am Sonnabendabend, wo zahlreiche Arbeiter und Parteigenossen im Reul'schen Geschäft ihren Bedarf einkauften. Karl Schneider beteiligte sich an den Gesprächen, die bei dieser Gelegenheit gepflogen wurden. Er verstand es, sich als biedere Arbeiter und überzeugter Parteigenosse aufzuspielen, und da er ein beisehendes und gefehrtes Wesen zur Schau trug, so begte niemand den geringsten Argwohn gegen diesen „Genossen“. So kam Karl Schneider nach und nach in engeren persönlichen Verkehr mit dem Genossen Reul, den er auch öfter auf seinen Geschäftsgängen begleitete. Hier zeigte der neue „Freund“ eine für Reul recht schätzenswerte Eigenschaft. Beim Besuch der Restaurantenlandschaft muß natürlich mancher Schoppen vertilgt werden, und Karl Schneider erwies sich als ein trinkfester Mann, dessen Durst immer noch vorhielt, wenn Reuls Leistungsfähigkeit bereits erschöpft war. Aber nicht genug damit. Auch den Partei-Arbeiten widmete sich Karl Schneider mit großem Eifer. Er war zur Stelle, als die Genossen des fünften Kreises ein Flugblatt zur Agitation für die Stadtverordneten-Wahlen verbreiteten. Im Schweiß seines Angesichts lief er mit seinem Boden-Flugblatt Trepp auf, Trepp ab, Hans bei Hans. Keine Dachstube war zu entlegen, keine Kellerwohnung zu verdeckt, als daß Karl Schneider sie nicht aufgefunden und dort sein Flugblatt abgegeben hätte. Ja, er ließ es sich nicht verdrießen, Wohnungen, wo er vergebens angelockt hatte, später noch ein zweites Mal aufzusuchen, bis er seine „Parteipflicht“ erfüllt hatte. Mehr noch. Als seine Tour beendet war, da übernahm er, weil es gerade an Arbeitskräften mangelte, aus freien Stücken eine zweite Tour, die er schweißtriefend erledigte. Kein Wunder, daß man sich der Arbeitskraft eines so eifrigen „Genossen“ auch ferner bediente.

Eines Abends lag Karl Schneider in Gemeinschaft mit andern Parteigenossen in einem Parteilokal eifrig der Convertierung von Stimmzetteln zur Stadtverordneten-Wahl ob. Als er bei der besten Arbeit war, betrat unser Parteigenosse Alois aus dem sechsten Wahlkreise das Lokal, und dieser glaubte auf den ersten Blick in Karl Schneider einen alten Bekannten vom Alexanderplatz zu erkennen. Alois sagte dem Genossen Reul von seiner Entdeckung in Reminis, da er aber seiner Sache nicht ganz sicher war, so verteilte man, dem Genossen Eugen Ernst Gelegenheit zur Recognition des eifrigen „Parteigenossen“ zu geben.

Wie verabredet, sah Karl Schneider eines Abends im Kreise von Parteigenossen, als Eugen Ernst eintrat, der in dem arbeitsfreundlichen „Genossen“ sofort einen Kriminalbeamten erkannte, der ihn vor Jahren observiert hatte, und der auch bei einer Haus-suchung in der Schriener'schen Druckerei unter der Leitung des bekannten Bachmeisters Diener mitgewirkt hatte. „Was machen Sie denn hier?“ redete Ernst den erstarrten Spiegel an. „Na, ich helfe hier.“ — „Sie helfen bei der Parteiarbeit? Kennen Sie mich nicht?“ — „Rein.“ — „Als wir uns kennen lernten, da waren Sie doch mit dem Bachmeister Diener zusammen.“ — Karl Schneider lachte, leugnete und behauptete, ein ehrenwerter Arbeiter und Parteigenosse zu sein. Das Leugnen half ihm nichts. Eugen Ernst war seiner Sache sicher, und um den Spiegel vollends zu entlarven, führte ihn Ernst in Begleitung eines andern Parteigenossen nach der Wohnung in der Rheinbergstraße, die Schneider als die seinige angegeben hatte. Hier erlangten nun unsere Parteigenossen die Gewißheit, daß der angebliche Karl Schneider daselbst gar nicht wohnt, und die weiteren Nachforschungen ergaben, daß auch der Name, der Beruf und die Arbeitsstelle des eifrigen „Genossen“ falsch angegeben waren, und daß ein Karl Schneider, auf den die gemachten Angaben passen, in Berlin überhaupt nicht existiert.

Damit war die Rolle Karl Schneiders ausgespielt. Er hat zwar immer noch so, als hätten unsere Parteigenossen ihm bitteres Unrecht zugefügt. Der Vorsitzende des socialdemokratischen Vereins hatte ihn auch noch zu einer Vorstands-sitzung geladen, um dem angeblich Verurteilten Gelegenheit zu geben, sich über seine Person auszuweisen, aber Karl Schneider zog es vor, nicht zu erscheinen, und man sah ihn in den Kreisen unserer Parteigenossen nicht wieder.

So endete das Gespielt, welches ein dienstfälliger Polizeibeamter in socialdemokratischen Kreisen gab. Die ganze Angelegenheit kann von unsren Parteigenossen als ein erheiterendes Intermezzo im ersten Kampf angesehen werden. Andererseits zeigt aber auch dies Vorkommnis, daß auch bei den Polizeibeamten ein erschreckender Grad von Arbeitslosigkeit herrschen muß, denn wenn die Beamten der Polizei auf ihrem eigentlichen Arbeitsfelde, der Sorge für die Sicherheit des Publikums gegen gemeingefährliche Verbrecher, ausreichende Beschäftigung hätten, dann würden sie nicht Zeit finden unter der Waale eines Arbeiters, sich in socialdemokratische Kreise zu drängen und daselbst herumzuschnüffeln nach Geheimnissen die es gar nicht giebt. Wenn es in unsren Kreisen wirklich etwas zu entdecken gäbe, was das Licht der Öffentlichkeit leuchten müßte, so sind doch jene Elemente, welche sich mit der Absicht, etwas derartiges auszuforschen, bei uns einzufinden, am allerwenigsten zu solcher Thätigkeit geeignet. Das zeigt der hier besprochene Fall, bei dem es ohne Zweifel sogar um einen der geschickteren Beamten handelt, wieder mit voller Deutlichkeit.

Partei-Nachrichten.

Parteidisziplin. Bei den Stadtverordnetenwahlen in Oberfeld ist die Beobachtung gemacht worden, daß Mitglieder des socialdemokratischen Vereins zum Teil gar nicht gewählt haben, zum Teil für gegnerische Kandidaten gestimmt haben. Das Wahlkomitee hatte deshalb Antrag erhalten, die Angelegenheit zu untersuchen. In der letzten Vereinsversammlung berichtete das Wahlkomitee über die Untersuchung. Danach hat vorläufig nur von einem Mitgliede festgestellt werden können, daß es neben drei socialdemokratischen Kandidaten einen Gegner gewählt habe. Dieses Mitglied habe Entschuldigungsursache geltend gemacht. Nachdem in der Debatte mitgeteilt worden, daß das eine Mitglied sein Verhalten bereue, wurde folgende Resolution angenommen:

Jedes Mitglied, welches in Zukunft bei öffentlichen Wahlen nicht für unsere Kandidaten doll und ganz eintritt oder gar nicht wählt, kann nicht mehr als Mitglied des socialdemokratischen Volks-

vereins betrachtet werden und wird aus dem Verein ausgeschlossen.

Das Wahlkomitee hatte sofortigen Ausschluss beantragt; dieser Antrag wurde gegen eine starke Minorität abgelehnt.

Die Vertrauensleute des Wahlkreises Bochum verhandelten im Auftrage der letzten Kreisversammlung über die Reichstagskandidatur. Sie einigten sich dahin, bei den Genossen Peter Meis, Wilhelmburg und Lehmann-Dortmund, dem bisherigen Kandidaten, anzutragen, ob sie zur Annahme einer Kandidatur geneigt seien.

Was ist ein Hausbesitzer? Diese Frage wurde vom Stadtverordneten-Kollegium in Eberswalde in etwas eigentümlicher Weise entschieden. Es hat die Wahl eines Hausbesitzers für ungültig erklärt, weil — sein Neubau noch nicht vollständig beziehbar ist. Der Mann ist unbelittener vollgültiger Besitzer des Hauses, aber weil noch keine Leute drin wohnen (einige unbedeutende Zimmerarbeiten, Aufstreichen etc. sind noch zu machen), deswegen ist er nicht als Besitzer eines Hauses angesehen worden.

Der auf diese seltsame Weise hinausgeschickte Stadtverordnete ist einer von den neugewählten vier Socialdemokraten.

Für ungültig erklärt wurde auch die Wahl des Genossen Linde in Königberg, der als Hausbesitzer ins dortige Stadtverordneten-Kollegium gewählt war. Linde hatte am Tage der Wahl den Besitztitel noch nicht in Händen. Wenn er als Besitzer bereits eingetragen war, dann wird man ihn wohl democh als Besitzer anerkennen müssen.

Gemeindevahlen. In den sächsischen Gemeinden Oberhau, Oeyss und Stanz wurden socialdemokratische Kandidaten in den Gemeinderat gewählt.

Polizeiliches, Gerichtliches u.s.w.

Konfisciert wurde auch in Magdeburg der ganze Vorrat der aus der Buchhandlung Vorwärts bezogenen Wchnachrichtungs-

Aus Industrie und Handel.

Der Handelsminister erläßt gestern eine Verfügung, durch welche die Errichtung einer Handelskammer für Berlin und seine Vororte mit 36 Mitgliedern vom 1. April 1902 ab genehmigt wird.

Der Bericht der Liquidatoren der Dresdner Kreditanstalt verzeichnet einen Verlust von 17 542 249 M. Bei einem Aktienkapital von 20 Millionen ist somit noch auf einen Aktienüberschuß von 2 457 751 M. zu rechnen. Von den Debitoren, die in Höhe von 22 296 711 M. zu Buch standen, mußten allein 10 171 108 M. gestrichen werden. Dagegen mußte das Effektenkonto eine Herabsetzung von 7 Millionen und das Girokonto um 2 1/2 Millionen erfahren. Somit werden die Gläubiger voll befriedigt werden können, während die Aktionäre nur mit einem sehr geringen Prozentsatz abgefunden werden, der sich schließlich bei gütlicher Abwicklung der Geschäfte noch um einiges erhöht. Ueber die Geschäftsverbindungen der Bank und die geltend gemachten Regressansprüche sagt der Bericht folgendes:

Es zeigte sich sehr bald, daß fast alle dem Concern der Kreditanstalt und der Electricitätswerke Nummer u. Co. angehörigen Unternehmungen durch die Auflösung der Kreditanstalt, ihrer Kreditgeberin, in arge Bedrängnis gerieten. Die Wechselwirkung dieser Verhältnisse auf die Liquidationsmasse der Kreditanstalt konnte nicht ausbleiben. Denn letztere besaß teils als Eigentümerin, teils als Pfandgläubigerin in hohen Nominalbeträgen die Schuldverschreibungen und Aktien der durch sie in Kostand geratenen Unternehmungen; mehrfach war sie sogar im Besitze sämtlicher Aktien derselben. Um diese Bestände durch Konkursöffnung oder Liquidation nicht ganz oder doch nahezu wertlos werden zu lassen, war die Kreditanstalt genötigt, dieselben zu sehr niedrigen Preisen aus der Hand zu geben, oder die Hand zu Sanierungen zu bieten und numpfaste Zugabungen zu machen. Es rächte sich hier schwer das Gekaren der Verwaltung der Kreditanstalt, welche namentlich den zahlreichen Gründungen der Electricitätswerke Nummer große Kredite einräumte und Bürgschaften für sie übernahm, ohne eine andre Sicherheit, als gegen Hinterlegung der eignen Werte dieser Unternehmungen. Der hiernach die frühere Verwaltung der Kreditanstalt treffende Vorwurf leichtsinniger Kreditgewährung bildet die hauptsächlichste Grundlage für die gegen die frühere Direktion und den früheren Aufsichtsrat von den Liquidatoren geltend zu machenden Regressansprüche. Der Mobilien- und Immobilienbesitz des früheren Direktors, Kommerzienrats Horn, ist im Regresswege beschlagnahmt worden. Da Horn die Forderungen der Bank bestritt, so machte sich ferner die Verschreibung des Klageverweiger gegen ihn notwendig. Mit dem früheren Direktor, Bürgermeister Meyer, ist ein Vergleich zu stande gekommen, auf Grund dessen er — wie im Bericht bemerkt wurde — eine seinen eingehend geprüften Verhältnissen entsprechende Parsumme gezahlt und die ihm an verschiedenen Aktiengesellschaften zustehenden Fünftel-Anteile an die Kreditanstalt abgetreten hat. Ferner hat mit dem früheren Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Generalkonful v. Rosenbrant, ein Vergleich stattgefunden. Generalkonful v. Rosenbrant hat der Bank Mitte Juni dieses Jahres an seinen Gute Schönbach in Wöhmen eine Sicherungshypothek in Höhe von 200 000 M., im Range hinter 39 000 Gulden feste Hypotheken eingeräumt. Weiter hat der Bank das ihm gehörige, bei der Bank liegende Effektendepot. Diese Einigung ist nur dadurch zu erzielen gewesen, daß die Bank auf Ansprüche an Rosenbrant aus Komfortialbeteiligungen verzichtet.

Geschäftsberichte deutscher Konsumvereine. Die Limbacher Aktien-Konsumgesellschaft erzielte im vergangenen Jahre einen Umsatz von 588 944 M. Reingewinn 54 124 M. Rückvergütung 10 Proz. — Der Konsumverein in Plauen i. V. hatte in seinem 15 Verkaufsjahren einen Umsatz von 1 005 811 M. Reingewinn 300 185 M. Rückvergütung 17 1/2 Proz. Der Verein stellt jetzt ein eigenes Verwaltungsgebäude und eine Wädereianlage her. — Der Konsumverein in Potschappel berichtet über einen Umsatz von 1 022 025 M. Reingewinn 92 885 M. Rückvergütung 8 Proz. Der Verein plant für das laufende Jahr den Bau eines Lagerhauses und einer Wäderei. — Der Konsumverein für Frankfurt a. M. hatte in den ersten 7 Monaten seines Bestehens einen Umsatz von 1 116 44 M. Reingewinn 6885 M.

Die Cement-Industrie in Dänemark. In den letzten Jahren hat zwischen den dänischen und den ausländischen Cementfabriken eine Preisconvention bestanden, wodurch die Konkurrenz ausgeschaltet wurde. Nun ist diese Convention seitens der deutschen Fabrikanten gekündigt worden. Die dänischen Fabriken haben sich nun, um der zu erwartenden scharfen Konkurrenz besser gewachsen zu sein, zu einem Verkaufsting zusammengeschlossen. Die dänischen Cementhändler haben im ganzen Lande einen Aufruf verbreitet, worin die Interessenten auffordern, die dänische Cementindustrie in ihrem Kampf gegen die ausländische Konkurrenz zu unterstützen.

Die Cementindustrie in Dänemark gehört zu denjenigen Industrien, die noch unter der veralteten Zollgesetzgebung zu leiden haben; auf jede Tonne des zur Fabrication nötigen Materials müssen ca. 25 Dore Zoll bezahlt werden, wogegen das fertige Cement zollfrei ist.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Richtung, Risternmacher! Der Streik bei der Firma Göde dauert unverändert fort. Zugang fernhalten.

Die Lohnkommission.

Unsichere Konkurrenz. Der Verband der Graveure und Eisenleure hat es seit langem übel bemerkt, daß von den in der Reichsdruckerei beschäftigten Graveuren einige nach Feierabend noch für andere Geschäfte Arbeiten zu Hause anfertigen. Diese Arbeiten werden natürlich schlecht bezahlt, und die Arbeiter solcher Firma, von denen diese Leute Aufträge erlangen, leiden unter einem fortwährenden Vohndruck. Besonders verwerflich ist das Treiben dieser Leute im Hinblick auf die gegenwärtige Arbeitslosigkeit; denn man kann wohl annehmen, daß in der Reichsdruckerei die Graveure so entlohnt werden, daß sie nicht gezwungen sind, nach Feierabend ihren Kollegen die Arbeit fortzunehmen und so dazu beitragen, daß die Zahl der Arbeitslosen in ihrem Berufe noch vermehrt wird. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend hatte der Verband der Graveure und Eisenleure sich an die Reichsdruckerei mit der Bitte gewandt, diesem Unflug entgegenzutreten. Die Direktion der Reichsdruckerei hat darauf geantwortet, daß sie keinen Anlaß habe, dem Graveur R. W. in Bezug auf die Ausübung seiner freien Zeit über die Arbeitsordnung hinausgehende Verpflichtungen aufzuerlegen.

Der Entschaid macht den Eindruck, als ob die Direktion sich von jeder Bevormundung der Arbeiter außerhalb des Betriebes fernhalten will. Ein Standpunkt, der viel Sympathisches hat, von dem wir aber nur wünschen, daß er allgemein befolgt würde; denn wir wissen, daß in politischen Dingen die Direktion anders denkt und auch anders handelt.

Richtung, Schraubendreher!

Der Streik bei der Firma Stelkyner dauert fort. Die Firma hat bis jetzt in Berlin keine Ersatzkräfte gefunden und sucht deshalb durch Inserate in auswärtigen Blättern Schraubendreher von auswärts nach Berlin zu ziehen.

Wir erziehen deshalb alle arbeiterfreundlichen Blätter um Rath und den obigen Feilen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Der Scheremagler-Verein in Solingen sprach den Schleiern seine Sympathie aus und wählte eine Kommission, welche über die Unterstärkung der durch die Bewegung in Mitleidenchaft gezogenen Scheremagler beraten und geeignete Vorschläge machen soll.

Die Hamburger Petroleumkutscher haben nach dem Correspondenzblatt der Generalcommission mit den sie beschäftigenden Firmen einen auf Jahresfrist geltenden Tarifvertrag abgeschlossen. Der Vertrag, welcher 12 Paragraphen umfaßt, regelt die Lohn- und Arbeitsbedingungen. Er legt fest, daß irgendwelche Strafen nicht mehr gefordert werden dürfen. Schließt die Kautionsstellung aus und setzt Normen für Lohn, Speise und Provision an. Wenn der Vertrag in der vereinbarten Frist nicht gekündigt wird, behält er stillschweigend auf ein weiteres Jahr Gültigkeit.

Auf der Kossischen Werft in Lübeck haben am Mittwoch die Arbeiter einstimmig wieder die Arbeit aufgenommen. Wenn die Werftleitung also etwa durch ihr geradezu unbegreifliches Verfahren einen Ausbruch hatte provozieren wollen, so ist ihr dies mißglückt. Ueber eine etwaige Wahrscheinung von einzelnen ist bisher nichts bekannt geworden. — Die Werftleitung wird nunmehr, dem Verlangen der von den Arbeitern gewählten Kommission entsprechend, die Wahl des Arbeiterausschusses vornehmen lassen.

Die Gewerkschaftsbewegung in Mecklenburg hat unter den vorwärtigen Zuständen im Oberrichtenlande schwer zu leiden. Als am Sonntag in einer allgemeinen Holzarbeiterversammlung zu Rostock ein Redner, der die Verärgerung der Arbeitszeit behandelte, sich über die hereingebrochene wirtschaftliche Krise erging, erklärte der anwesende Polizeibeamte die Versammlung für eine „politische“ und löste sie auf. — Es wird Zeit, daß der Reichstag einmal dieser Versammlungsfreiheit so zu Leibe rückt, wie dem Versammlungsverbot.

Die Bau-Arbeiter von Ahrenberg in Medlenburg sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern in einem Schreiben an die Meister eine Lohnerhöhung von 45 auf 50 Pf. pro Stunde und Beginn der Arbeitszeit um 6 1/2 Uhr anstatt wie bisher um 6 Uhr.

Wegen angeblich begangener schwerer Streifexzesse verhandelte dieser Tage das Landgericht in Dresden gegen den Gattler Karl Hugo Meyer. Es handelt sich um Vorgänge anlässlich der bei der Firma A. M. Seifert, Bronzwarenfabrik, Vöbtau, vorgenommenen Patrouillierung. Die Anklage lautet auf Vergehen nach § 153 der Gewerbe-Ordnung und §§ 240, 303, 223, 232a des R.-Str.-G.-B. Zur Verhandlung waren zwölf Zeugen geladen. Nach Abörung eines größeren Teils der Zeugen zog der Staatsanwalt den Strafanzug in der Hauptsache zurück und beantragte nur Verurteilung nach § 223 (gefährliche Körperverletzung). Das Urteil lautete auf sechs Tage Gefängnis, die durch die Unteruchungshaft als verbüßt gelten.

Wegen Einführung eines Mundschloßtarifs haben sich die Weber in Elberberg, Greiz, Plauen, Reichenbach, Ronneburg und Gera je an den Gewerbe-Inspektor ihres Bezirks gewandt. Die angezuckerten Aufsichtsbeamten haben ihre Intervention bereitwilligst zugehört. Bei dem Gewerbe-Inspektor für Reuz j. L. wird im Laufe dieser Woche eine Kommission des Textilarbeiter-Verbandes über an sie gestellte Fragen Auskunft geben. Alsdann soll unter den Aufsichtsbeamten eine Verständigung herbeigeführt werden, in welcher Art und Weise am besten die Vermittelung eingeleitet werden kann.

Die Braunschweigische Polizei, deren Aufmerksamkeit gegen die Gewerkschaftsbewegung und in letzter Zeit wiederholt beschäftigt, macht wieder durch eine neue Aktion von sich reden. Am 16. nachmittags wurde der Schriftführer des Braunschweiger Gewerkschaftsrates von seiner Arbeitsstelle durch Kriminalbeamte weggeholt, um einer Hausdurchsuchung in seiner Wohnung bezuzuwohnen. Es wurden bei ihm sämtliche Bücher, Geld etc. usw. beschlagnahmt. Ebenso hat die Polizei zwei Fleischergesellen verhöört. Die Polizei glaubt nämlich, in Braunschweig bestände eine nicht angemeldete Filiale des Fleischerverbandes. Da die Arbeiter die neueste Polizeihaut nicht auf sich beruhen lassen wollen, wird sich wohl bald herausstellen, daß es sich dabei um einen Überglauben der Polizei handelt.

Ausland.

Die Tapezierer der Möbelfabrik von Heinrich Möhrs in Prag haben die Arbeit niedergelegt, weil den über Land Arbeitenden die Tageszulagen für Kost und Logis derartig gekürzt worden sind, daß sie nicht mehr auf ihre Rechnung kommen. Als alle Arbeiter bis auf zwei, welche über 40 Jahre bei der Firma thätig gewesen sind, die Arbeit niederlegten, warf der Chef auch die beiden Invaliden auf die Straße und leitete alle Verhandlungen ab. — Die Firma sucht in Deutschland, speziell auch in Berlin, Streikbrecher, weshalb alle Tapezierer auf die Verhältnisse aufmerksam gemacht seien.

Dänische Händlervereinigungen. Die dänischen Händler haben sich zu einer auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisation zusammengeschlossen, deren Hauptzweck ist, die Händler von der Bevormundung durch die Bauern und Großgrundbesitzer zu befreien und ihre ökonomische und sociale Lage durch selbständiges Handeln zu bessern. Einen wirksamen Anstoß zur Gründung dieser Organisation gab die Forderungsdebatte über das Finanzrecht im Oktober d. J., wo von den Rednern der Socialdemokratie hervorgehoben wurde, wie unwürdig und demütigend, oft sogar wirtschaftlich schädigend es für die Händler sei, daß die zur

Förderung der Hauswirtschaftlichen Mittel von den Bauern und Großgrundbesitzern verwaltet werden, und der Landwirtschaftsmittel dann erklärte, die Hauswirte hätten sich hierüber noch nicht missbilligend geäußert. — Die lebhafteste Bewegung, die nun unter den Hauswirten herrscht, und die neue Organisation wird den Minister und die Grundbesitzer, die ihm zustimmen, wohl eines Besseren belehren.

Das neue Anti-Strickkomitee in New York wählte Hanna zum Vorsitzenden und Gompers zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden. Das Komitee, das Industrie-Abteilung des nationalen Bürgerbundes heißt, bezweckt nach bürgerlichen Mitteilungen gleichermassen die Verhinderung von Ausständen wie von Auspeccungen.

Sociales.

Die Ergebnisse der Volkszählung für das ganze Reich werden jetzt in den Vierteljahresschriften zur Statistik des Deutschen Reiches in ausführlicher Nachweisung veröffentlicht.

Im ganzen betrug die Einwohnerzahl innerhalb des Reiches am Volkszählungstage 56 867 178, und zwar 27,7 Millionen männliche, 28,6 Millionen weibliche Personen. Als weitere Bestandteile der Reichsbevölkerung kommen hinzu 88 982 Personen auf den 700 deutschen Schiffen, die am 1. Dezember 1900 auf offener See in Fahrt waren, 26 941 Personen, die damals an Bord von 567 deutschen Schiffen in ausländischen Häfen und Küstengewässern verweilten, rund 9400 weiße Bevölkerung in den deutschen Schutzgebieten (die andre Bevölkerung daselbst ist aus schätzungsweise nicht anzugeben), endlich 21 608 am Volkszählungstage in China befindlich gewesene Militärpersonen des deutschen Expeditionskorps. Für das deutsche Bollgebiet stellte sich die Bevölkerungszahl im Jahre 1900 auf 56 589 925.

Die große Vermehrung, welche die deutsche Bevölkerung während der letzten Volkszählungsperiode 1895/1900 erfahren hat — um 4 Millionen oder 7,8 Proz. — und welche die Zunahme aller früheren Volkszählungs-Perioden seit der Begründung des Reiches erheblich übersteigt, ist nicht bloß auf die hohen Geburtenziffern der inländischen Bevölkerung zurückzuführen, sondern auch auf den während des genannten Jahreserfolgt weiteren Rückgang der überseeischen Auswanderung und auf die Einwanderung von fremden Bevölkerungselementen in das Reich.

An Wohnhäusern wurden gezählt: 6,2 Millionen bewohnte, 139 000 unbewohnte, ferner 89 000 andre bewohnte Baulichkeiten, mithin 6,3 Millionen bewohnte Baulichkeiten, 6,4 Millionen zur Wohnung dienende oder bestimmte Baulichkeiten überhaupt, sodas auf 1 Quadratkilometer durchschnittlich 11,9 zur Wohnung dienende oder bestimmte Baulichkeiten, auf ein bewohntes Gebäude 8,92 Einwohner kommen.

Der Achtstundentag in Gaswerken. Vom Vorstande des Gemeindearbeiter-Verbandes wird uns geschrieben: „Kürzlich brachten die Arbeiterzeitungen eine Notiz, welche sich mit der achtstündigen Arbeitszeit in dem Offenbacher Gaswerk beschäftigte und die insbesondere betonte, daß nach der Einführung des Achtstundentages sich die Leistungen der einzelnen Arbeiter gegen früher vergrößert haben. Um nicht irrtümliche Ansichten aufkommen zu lassen, müssen wir folgendes zu der Achtstundentage in Gaswerken bemerken:

Die effektive Arbeitszeit beträgt heute schon für die Retortenarbeiter in den meisten größeren deutschen Gasanstalten, wie z. B. in Berlin, Hamburg, Leipzig, Magdeburg etc. nur 6 Stunden täglich. Sie müssen zwar 10—12 Stunden im Dienst sein, arbeiten aber nur je eine Stunde vor den Retorten, worauf dann immer eine einstündige Ruhepause eintritt; sie sind also in Wirklichkeit 6 mal a 1 Stunde tätig, und die übrigen 5—6 Stunden sind Ruhepausen, die zwischen dem Chargieren der Retorten liegen. — Man scheint es in letzter Zeit bei uns in Deutschland Mode zu werden, daß einige kommunale Leitungen sich dadurch in den Ruf großer Arbeiterfreundlichkeit setzen wollen, indem sie in den Gaswerken den „Achtstundentag“ einführen. Dabei befehlen sie aber fast alle Ruhepausen, wie z. B. in Bremen, und quersehen auf diese Weise von den Arbeitern eine viel größere Arbeitsleistung heraus, als früher bei der 10—12stündigen Arbeitszeit. — Gegen diese Art des Achtstundentages müssen aber die organisierten Gasarbeiter sich ganz energisch wehren, da er eine erhebliche Verschlechterung ihrer Lage bedeutet. — Die Arbeit vor den Retorten, die gewaltige Hitze, schneller Temperaturwechsel etc. ist derartig schwer, daß die kräftigsten Personen innerhalb weniger Jahre aufgegeben und nicht mehr zu Retortenarbeiten brauchbar sind. Namentlich in den Sommermonaten kommt es selbst in den Berliner Gaswerken bei der sechsstündigen Arbeitszeit vor, daß sehr oft Personen infolge der ungeheuren Hitze ohnmächtig zusammenbrechen und nach Hause transportiert werden müssen. Wiederholt ist es passiert, daß man aus einer Kasten auf einem Zuge fünf und mehr Arbeiter nach Hause schleppen mußte. Die Gaswerke haben denn auch eine sehr große Erkrankungsrate aufzuweisen. Daher muß die von den Retortenarbeitern geforderte Leistung nicht noch vergrößert, sondern herabgesetzt werden. In den englischen und dänischen Gaswerken hat man durchgängig den Achtstundentag eingeführt. Hier arbeitet man aber auch bei dem Achtstundentag nach dem Berliner System, also ist je eine Stunde tätig, worauf dann immer die einstündige Ruhepause eintritt. Die effektive Arbeitszeit beträgt also hier nur vier Stunden. Eine Deputation des Gemeindearbeiterverbandes, welche kürzlich die Kopenhagener Gaswerke besichtigte, hatte Gelegenheit, sich persönlich davon zu überzeugen. — Wie man in Offenbach den Achtstundentag geregelt hat, ist uns nicht bekannt. Aus der Behauptung aber, daß die Arbeitsleistung gestiegen ist, müssen wir schließen, daß der Achtstundentag den dortigen Gasarbeitern keineswegs eine Verbesserung, sondern das gerade Gegenteil gebracht hat. Die Frage der achtstündigen Arbeitszeit liegt in den Gaswerken gänzlich anders als in den meisten sonstigen Betrieben. Dies ist in der Öffentlichkeit wenig bekannt, weshalb leicht eine falsche Auffassung der Dinge Platz greifen kann.“

Wir sind über die Einzelheiten der Neuregelung der Arbeitszeit in Offenbach auch nicht unterrichtet, unser Korrespondent wird aber wohl in der Lage sein, darüber Auskunft zu geben.

Mußerkatzen für Gewerbegebiete. Die auf Anordnung des preussischen Handelsministeriums ausgearbeiteten Vorschläge zur Aufstellung von Gewerbegebieten sind am 30. Juni d. J. in der Verlage von Fr. Kortkamp in Berlin W. 62 erschienen.

Umgehung der Krankenversicherungs-Pflicht. Zu dieser Notiz in unserer Nr. 204 erhalten wir eine Zuschrift der darin genannten Ortsklasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute etc. Die Klasse schreibt, daß sie Arbeiter, welche täglich abgeholt werden und bei welchen eine Kündigung ausgeschlossen wurde, stets für versicherungspflichtig hielt und demgemäß auch unterstützte, wenn sich die Beschäftigung auf einen Zeitraum von länger als eine Woche erstreckte.

Es hat sich die Rechtsprechung jedoch so gestaltet, daß wir in allen, wo wir auf Grund des § 50 R.-V.-G. den Arbeitgeber für die Aufwendungen, welche wir durch die Unterstützung der nicht gemeldeten Person gemacht hatten, haftbar machten, vom königlichen Landgericht I abgewiesen wurden. Wir kamen daher in der Lage, daß wir in einer ganzen Reihe von Fällen wohl Unterstützung geleistet hatten, vom Arbeitgeber aber weder Beiträge noch Ersatz der aufgewendeten Summen erhielten. Es existiert hier am Orte eine ganze Reihe von Betrieben, welche ihre Arbeiter unter den gleichen Bedingungen wie in den angeführten Fällen engagieren und die Versicherungspflicht umgehen. Nach den in unseren Händen befindlichen Entscheidungen wird aber eine solche Schädigung der Arbeiter gutgehen, und es ist auf die Länge unmöglich für uns, Unterstützungen zu leisten, ohne je eine Gegenleistung dafür zu erhalten.

Die unterstützte Verwaltung glaubt gerade in den letzten Jahren bewiesen zu haben, daß sie dem Bestreben der Unternehmer, durch Anwendung sachlich unbegründeter Vertragsformalitäten die Krankenversicherungs-Pflicht zu umgehen, wo immer eine Möglichkeit dazu besteht, kräftig entgegenzuwirken versteht.

Wir haben auch in den vorliegenden Fällen der Aufsichtsbehörde gegenüber betont, daß bei einer Ausbildebescheinigung von solcher Dauer immer eine Versicherungspflicht vorliegt, wir haben aber zur weiteren und gründlichen Verfolgung der Angelegenheit eine Entscheidung unbedingt herbeiführen müssen.

Unter diesen Umständen erkennen wir gern an, daß der Klasse aus ihrem Verhalten kein Vorwurf zu machen ist. Um so eindringlicher wiederholen wir aber unsere Mahnung an die Arbeiter, sich selbst rechtzeitig zu rühren und in ihrem eigenen Interesse auf Erfüllung der Krankenversicherungspflicht zu achten.

Trübe Erfahrungen hat der Kaufmann Wilhelm Gerde machen müssen, als er im Herbst 1900 seine langjährige Stellung als Buchhalter mit einem Gehalt von 3600 Mark aufgab, um selbstständig zu werden. Er war in einer Großdistillation und Weinhandlung angestellt gewesen und hatte dadurch viele Lieferanten seines bisherigen Chefs kennen gelernt, und diese versprachen, ihn ausreichend mit Kredit zu unterstützen, falls er seine Absicht, ein ähnliches Geschäft zu gründen, zur Ausführung bringen wolle. Gerde mietete denn auch ein Lokal in der Alten Jakobstraße und ließ sich ein gewaltiges Schild anfertigen mit der folgenden Aufschrift: „Norddeutsche Wein- und Spirituosen-Gesellschaft, Sektellerei, von Gerde u. Comp.“ Waren bekam er in Menge auf Kredit geliefert; als er das Geschäft eröffnete, begann er mit einer Schuldenlast von 25—30 000 M. Die Käufer blieben aus, schon nach wenigen Wochen sah der Angestellte ein, daß er nicht bestehen konnte. Einer seiner Freunde rief ihm, in verschiedenen Gegenden Berlins Filialen zu errichten, in jede eine Verkäuferin hineinzusetzen und sich von ihr je 1000 M. Kaution geben zu lassen. Zu seinem Unglück befolgte der Angestellte diesen Rat. Auf eine verlockend abgefaßte Annonce meldeten sich zahlreiche Bewerberinnen. Der Angestellte stellte ihnen zur Begründung seiner Kauflustforderung vor, daß er ihnen ein Lager zum Betrage von 2500 M. anvertraue. Einigen der jungen Mädchen erklärte er, daß er die 1000 M. zur Einrichtung der Filiale verwenden, das Geld aber mit 5 Proz. verzinsen wolle. Das Gehalt von 90 M. monatlich künften sich die Vorstellenden von den Einnahmen selbst einbehalten. Nach einigen Monaten wurden in Berlin sieben neue Filialen eröffnet. Der Angestellte, als einziger Inhaber aller dieser Geschäfte, fuhr an jedem Vormittage von einer Filiale nach der andern, um die Einnahmen des vorigen Tages einzuhändigen. Er wurde in seinen Erwartungen arg getäuscht, einige der Filialen, die zum Beispiel in der Müllerstraße oder weit draußen in der Greifswalderstraße lagen, hatten bisweilen nicht eine Mark eingenommen. Es währte bis zum Juni vorigen Jahres, seit der Gründung des ersten Geschäftes waren genau sechs Monate verstrichen, da brach die Katastrophe über den Inhaber herein. Die Gläubiger fingen an zu drängen, die Mieten konnten nicht bezahlt werden, eine der Verkäuferinnen hatte ihren Chef wegen Betruges angezeigt. Der Angestellte verlor den Kopf, er ließ seine Frau und seine sieben Kinder, das Nuttergeschäft und seine sieben Filialen im Stich, raffte einige geringe Vermitteln zusammen und floh nach London. Hier ging es ihm so schlecht, daß er sich dem deutschen Generalkonsul stellte, der ihm freie Rückkehr nach Amsterdam erzielte. Von hier aus hat der Angestellte sich zu Fuß nach Berlin durchgeschlagen, wurde unterwegs beim Betteln betroffen und erlitt dafür einen Tag Haft. In jämmerlicher Verfassung stellte er sich anfangs Oktober d. J. der Berliner Polizei. Der Angestellte betenerte im Termin, daß er von den redlichen Absichten befecht gewesen sei, er habe gehofft, daß er seine Verkäuferinnen aus dem Erlöse in den Filialen würde befriedigen können. Er wisse, daß verdächtige andre Firmen ähnlicher Art sich in derselben Weise über Wasser hielten, wie er es beabsichtigt hatte. Dem Verteidiger, Justizrat Bronner, gelang es, einige der Betrugsfälle zum Ausschneiden zu bringen und dem Angeklagten mildere Umstände zu erwirken. Das Urteil lautete auf neun Monate Gefängnis, wovon ein Monat durch die erlittene Untersuchungshaft für verstrichen erachtet wurde.

Ein Berliner Straßen-Nadaubild gelangte gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I zur Erörterung. Am Vormittage des 20. Oktober, einem Sonntage, war in der Gerichtsstraße ein Menschenauflauf entstanden, dem folgende Veranlassung zu Grunde lag: Der praktische Arzt Dr. L. hatte kurz zuvor einen Drogschleuser zu einer Fahrt nach Reinoldsdorf angenommen. Der Fahrgast bemerkte bald, daß der Kutsher so betrunken war, daß er auf seinem Vord hin und her schwankte. Er ließ halten, sprang aus der Droge und erklärte dem Kutsher, daß er mit ihm nicht weiter fahren würde. Der Kutsher hatte hiergegen nichts einzuwenden, verlangte aber von dem Fahrgast, den er eine kleine Strede befördert habe, 50 Pf. Dr. L. weigerte sich, etwas zu zahlen. Der hierauf entstehende Wortwechsel lockte eine ganze Anzahl Menschen herbei, welche zumeist für den betrunkenen Kutsher Partei nahmen. Dr. L. geriet in eine unangenehme Lage, er wurde mit Hohn und Spott überschüttet. Da ihm der Schlosser Gustav Kerlow hinging, ein wegen allerlei Straftaten vielfach vorbestrafter Weich. Als er gehört hatte, um was es sich handelte, ging er sofort energisch vor. „Der Mann hat überhaupt keine fünfzig Fennige nich, er muß zur Sache gebracht werden!“ Damit packte er den Arzt, hob ihn in die Droge und nahm selbst neben ihm Platz, wobei er dem bedauernswerten Doktor die Drohung rief: „Wenn Sie nicht ruhig sind, habe ich Ihnen in die Pr...!“ Dann rief Kerlow: „Kutsher nu los nach der Wache!“ Und da fuhr er miler dem Halloheiderrei der Umstehenden mit seinem Opfer davon. Der Doktor war froh, als er die Wache erreicht hatte, wo er erlöst und der Spieß umgekehrt wurde. Kerlow erhielt eine Anklage wegen Verleumdung. Das Schöffengericht, vor dem die Sache verhandelt werden sollte, erklärte sich aber für unzuständig, da nicht nur Verleumdung, sondern Nötigung vorliege. Im gestrigen Termin sagte Kerlow, er habe geglaubt, dem Drogschleuser sei unrecht geschehen, und da ein Schutzmänn nicht zur Stelle war, habe er gemeint, anstatt eines solchen eintreten zu müssen. Der Staatsanwalt beantragte gegen diesen Vertreter der öffentlichen Ordnung eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten, der Gerichtshof belieh es bei 6 Wochen Gefängnis.

Für das Inseratenwesen von Interesse ist eine Entscheidung des hiesigen Amtsgerichts, welche die „M. f. Apfl.“ veröffentlicht. Der Herausgeber eines Inseratenblattes hatte auf Bestellung einer Fabrik 28 mal ein Inserat aufgenommen, in welchem gewisse hygienische und anti-konzeptionelle Schuttmittel angepöndigt wurden. Nachdem er erfahren, daß die Anpreisung solcher Gegenstände durch eine Polizeiverordnung vom 1. Januar 1900 verboten worden, forderte er die Beklagte auf, die Anzeige dem Verbot entsprechend abzuändern. Die Beklagte weigerte sich aber, sie weigerte sich auch, zu bezahlen und machte — nach Ansicht des Klägers „unpöndig“ — den Einwand, daß das Rechtsgeschäft gegen die guten Sitten verstoße. Das Amtsgericht hat dabei erkannt, daß das Rechtsgeschäft in der That gegen die guten Sitten verstoße und der Kläger aus demselben keinerlei Rechte herleiten, insbesondere auch nicht Bezahlung des vereinbarten Preises verlangen könne.

In Schwelm war der Fabrikant Hans Köttel wegen Verleumdung zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Köttel, der auch Reserveleutnant ist, war unbefugt über ein Ackerfeld geritten und hatte die Frau des Grundstücksbesizers gröblich beschimpft und bedroht. Die Strafkammer Hagen hatte sich dieser Tage als Berufungsinstanz mit dem Fall zu befassen und verurteilte den Fabrikanten zu 7 Wochen Gefängnis. Ferner soll er wegen Uebertretung wegepolizeilicher Vorschriften 40 M. Geldstrafe zahlen.

Verfassungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Südost) hielt am Dienstag bei Graumann, Rammstraße, eine Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ertheilte die Versammlung das Mandat der verstorbenen Genossen Schöning und Westphal in der üblichen Weise. Hierauf referierte Reichstags-Abgeordneter Rosenow über

den deutschen Burenkrieg. Der sehr interessante Vortrag, dem sich eine kurze Diskussion anschloß, wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Ein Antrag des Genossen Stumpe, den „Vorwärts“ zu veranlassen, regelmäßig ein Verzeichnis zu veröffentlichen, in dem die gebrauchten Fremdwörter ins Deutsche überetzt werden, wurde abgelehnt, nachdem der Vorsitzende darauf hingewiesen, daß die Preßkommission bereits im vorigen Jahre einen diesbezüglichen Beschluß gefaßt hat und im allgemeinen auch immer eine Erläuterung der Fremdwörter stattfindet. Genosse Bähr teilte mit, daß sich Arbeiter oftmals noch in Unfallsachen und ähnlichen Rechtsstreitigkeiten an Inkonsumenten wenden, denen für die Sozialgesetzgebung jedes Verständnis fehlt und die für verhältnismäßig hohe Gebühren den Arbeitern einen ungenügenden Bestand leisten oder aber gar eine ganz verkehrte Auskunft erteilen. Der Redner wünscht, daß auch der „Vorwärts“, um die Arbeiter vor Schäden zu bewahren, vor den Inkonsumenten warnt und die vom Unfall Betroffenen in allen Fällen an die Genossenschaften verwiesen werden, wo denselben von praktisch erfahrenen Personen die notwendige Information zur Geltendmachung ihrer berechtigten Ansprüche erteilt werden wird. — Eine Anfrage des Genossen Peter, warum keine Kassale-Feier mehr veranstaltet wird, wurde nach kurzer Diskussion durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Der sozialdemokratische Verein für den fünften Wahlkreis nahm in seiner am Mittwoch abgehaltenen Mitglieder-Versammlung zunächst einen Vortrag des Genossen Rosenow entgegen, der das Thema behandelte: Wie die Junken den Bauern helfen. — Hierauf wurde die an anderer Stelle ausführlich berichtete Angelegenheit des Spiegels Karl Schneider behandelt. Die Versammlung beschloß als selbstverständliche Konsequenz dieser Affaire, daß der Name des Karl Schneider aus der Mitgliederliste zu streichen ist. Ferner erklärte die Versammlung einstimmig, daß den Genossen Jakob Reul, der durch den angeblichen Schneider in geschickter Weise getäuscht worden ist, nicht der geringste Vorwurf trifft. — Ueber den Stand der Organisation berichtet Liepmann. Er bemerkte, daß die Vertrauensleute des Kreises von dem Vertrauensmannskörper für Berlin weder anerkannt noch abgelehnt worden sind, jedoch würden die von der Organisation gewählten Vertrauensleute nicht zu allen Sitzungen der Berliner Vertrauensleute eingeladen. Die Mitglieder der Preßkommission seien anerkannt, jedenfalls auch die Mitglieder der Lokalkommission, denn sie ständen ja in der gemeinsamen Liste. — Der Wahlkreis sei jetzt in 7 Abteilungen — statt der früheren 5 — eingeteilt worden. Da von den 617 Vereinsmitgliedern 210 nicht im Kreis wohnen, so habe die Verteilung der Mitglieder auf die einzelnen Abteilungen Schwierigkeiten gemacht. Diese Arbeit sei aber doch zur Zufriedenheit erledigt worden. Im Januar sollen Versammlungen für alle 7 Abteilungen abgehalten werden, wo die Bezirksleiter aufzustellen sind. Es seien keine Mitglieder infolge der Reorganisation abgegangen. Die Widerheit habe sich der Wehrheit gefügt, und deshalb sei es nicht zu Wipptierungen wie im letzten Kreise gekommen. — Unter Vertrauensangelegenheiten machte der Vorsitzende auf die am 19. Januar stattfindende Urnawahl-Vorstellung aufmerksam. — Der Vertrauensmann Sabel teilte mit, daß er zu einer Sitzung eingeladen war — bei wichtigen Angelegenheiten könne doch der fünfte Kreis nicht übergangen werden — in welcher der von der Gewerkschaftskommission angeregte Plan einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung besprochen wurde, die mit Hilfe der politisch tätigen Genossen ausgeführt werden soll. Er habe sich zu dem Plan zustimmend ausgesprochen und glaube, daß die Parteigenossen die Bemühungen eifrig unterstützen werden.

Der Bäckerverband hielt am 10. Dezember eine von den Mitgliedern Berlin und Niddorf gutbesuchte Versammlung im „Hofenthaler Hof“ ab. Hetschold erstattete Bericht über die Gauleierversammlung in Niddorf. Nach dem Bericht wurden die Wahlen vorgenommen. Hetschold wurde als Gauleiervorstand gewählt. Als Mitglieder der Agitations-Kommission wählte die Versammlung Barth, Damu, Treiber und Richter. Sodann wurde eine geschäftliche Kommission eingesetzt, welche die Verschmelzung zwischen der Berliner und der Niddorfer Zahlstelle in die Wege leiten soll, als beständiges Bureau soll das bisherige Verkehrslokal, Klosterstraße 101, beibehalten werden. In dasselbe wurde Barth als beauftragter Beamter gewählt.

Die Steinarbeiter beschloßen am Sonntag, in den Monaten Dezember bis April eine Arbeitslosen-Vählung vorzunehmen. Zur Reise-Unterstützung wurde beschlossen, es bei dem jetzigen System zu belassen. Des weiteren gab die Kommission die Petition bekannt, welche gemeinschaftlich mit den Bildhauern an den Magistrat gerichtet worden ist und worin der Magistrat ersucht wird, die genehmigten Bauten und Denkmäler wegen der großen Arbeitslosigkeit im Steinmetzgewerbe möglichst schnell in Angriff zu nehmen, und bei Vergebung von Steinarbeiten die Unternehmer zu verpflichten, die Arbeit nicht nach auswärts zu vergeben. Als Antragmann zum Gesellenauschuss wurde R. Lehmann gewählt.

Die Freie Vereinigung der Civil-Berufsmänner Berlin beschloß in außerordentlicher Generalversammlung am 17. d. M. endgültig den Anschluß an den Centralverband und wählte eine Präferenzkommission für die Vorarbeiten. Für den von Berlin zu stellenden Verbundauschuss wurden die Kollegen Hoch, Tieg, Hartmann, Kummer und Ruffheld gewählt. — Als Gastredner für Berlin wurden die Mitglieder Weyel, Kanne und Vogel durch Wahl verpflichtet. — Unter „Verschiedenem“ wurden einen Kollegen 8 M. bewilligt als Schadenersatz für eine plötzlich durch Streikausbruch abgesetzte Musikfeststellung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstags und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

W. S. In Sachen des Ehepaares G. wollen Sie sich zunächst an Herrn G. wenden. Vielleicht gelingt es diesem, einige Vereine für eine Wohlthätigkeitsveranstaltung zu interessieren.

G. R. Kuppnerstraße. Wir werden mit Ihrer Erlaubnis die Angelegenheit dem Arbeitervertreter-Verein unterbreiten.

A. Halbe. Wir wissen nicht, daß wir eine derartige Gerichtsentscheidung veröffentlicht haben. Vielleicht besprechen Sie sich mit einem Rechtsanwalt.

F. R. 31. „Vollstimm“ in Chemnitz, Uferstraße 14.

B. 100. Uns selber nicht bekannt.

M. G. Im August-Polizist, Schanzenstraße 9, ist die innere Poliklinik an allen Wochentagen von 10—11 Uhr geöffnet.

F. P. 1. Ja. 2. Nein. — G. S. Die Höhe der Erbschaftsteuer richtet sich in Preußen nach dem Grade der Verwandtschaft mit dem Verstorbenen. Wiederholen Sie also Ihre Frage unter Erwähnung mit dieser Richtung hin. — F. P. 1000. Eine Gebärmutterkranke kann unversehrt und soll unter 30 Jahren alt sein. Mütter unversehrt geborener Kinder werden nicht zugelassen. — 500. Wenden Sie sich um 9 Uhr morgens an den Reichsanwalt, Portal V. — Vollmann, Dyckstr. 19. Eine auf Ermittlung eines Täters gerichtete Untersuchung (einschließlich Beschlagnahme, Durchsuchung, Verhör) muß sich ein jeder gefallen lassen. — H. H. Nein.

Briefkasten der Expedition.

F. H. 100. Rechtsanwalt G. wohnt Bräden-Allee 14. Sprechstunde 5—7.

Witterungsübersicht vom 19. Dezember 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Relativfeuchtigkeit	Windrichtung	Wetter	Temp. u. G. °C	Stationen	Barometer-höhe mm	Relativfeuchtigkeit	Windrichtung	Wetter	Temp. u. G. °C
Eintrunde	753	80	2	Dunkel	-4	Caparanda	772	80	2	Schnee	-16
Hannburg	751	80	3	Wolkent	-5	Berchburg	752	80	3	Heiter	3
Berlin	753	80	2	Heiter	-3	Kort	752	80	3	Heiter	3
Kranf./M.	750	80	2	Schnee	-1	Herberen	752	80	3	Heiter	3
Randn.	750	80	3	Rebel	-5	Paris	746	80	1	Schnee	1
Wien	755	80	4	Rebel	-0						

Weiter-Prognose für Freitag, den 20. Dezember 1901. Ein wenig kälter, zeitweise heiter, aber veränderlich mit geringen Niederschlägen und mäßigen südlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 20. Dezember.

Cyberhaus. 5. Sinfonie-Abend der königlichen Kapelle. Anfang 7 1/2 Uhr.

Mittwoch 12. Uhr: Öffentliche Hauptprobe.

Schauspielhaus. König Richard der Dritte. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.

Schiller. Die Mütter. Anfang 8 Uhr.

Deutsches. Der rote Hahn. Anfang 7 1/2 Uhr.

Berliner. Mit-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.

Zeffing. Die Fee Caprice. Anfang 7 1/2 Uhr.

Reichens. Hindernisse. Die Bergengangszeit. Das tägliche Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues. Coralle u. Co. Anfang 7 1/2 Uhr.

Witten. Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Secessionstheater. Dantes Himmelskönig. Anfang 8 Uhr.

G. v. Wolzogen's. Bunter Theater (Aberdrecht). Anfang 8 Uhr.

Schall und Rauch. Vorstellung. Anfang 8 1/2 Uhr.

Central. Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.

Thalia. Die Badepuppe. Anfang 7 1/2 Uhr.

Ufen. Fröhliche Weihnacht. Anfang 8 Uhr.

Carl Weiß. Diane, die zweite Frau. Anfang 8 Uhr.

Friedrich-Wilhelmstädtisches. Offenbach-Gesellschaft. Pariser Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.

Helles-Alte. Geschlossen.

Casino-Theater. Weihnachten. Mädchenjäger. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.

Orpheus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 Uhr.

Metropol. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.

Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. König Naua. Luftballon. "Grigolant". Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Großstadtjäger. Anf. 8 Uhr.

Urania. Taubenstr. 48/49. (Zum Theaterhaus) Abends 8 Uhr: "Ueber den Wolken". Täglich: Sternwarte.

Invalidenstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

Schiller-Theater (Waller-Theater). Freitagabend 8 Uhr: Die Mütter. Sonnabendabend 8 Uhr: Die schöne Helaine. Sonntagabend 8 Uhr: Die Mütter.

Thalia-Theater. Dresdenstr. 72/73. Täglich und die Weihnachtsfeiertage, Anfang 7 1/2 Uhr: Die Badepuppe. Nachmittags: Vorstellungen 3 Uhr. Sonntag, 22.: Drei Heulenmännchen. 1. Feiertag: Goldfisch. 2. Feiertag: Das Geheimnis der alten Kammer. 3. Feiertag: Lumpenmüllers Liebes.

Central-Theater. Heute Anfang 4 Uhr, halbe Preise (jeder Erwachsene hat ein Kind frei): Schneewittchen bei den sieben Zwergen. Weihnachtsmärchen in 5 Akten (8 Bildern). Einlagen: Lebendes Schachspiel, Die Puppe (2. Bild), Freie Kette. Abends Anfang 7 1/2 Uhr. Mit neuer Ausstattung. Zum 2. Male: Das süße Mädel. Operette in 3 Akten von Heinrich Reinhardt.

Carl Weiss-Theater. Große Frankfurterstr. 132. Volks-Vorstellung. Parteit 60 Pf. Diane, die zweite Frau. Schauspiel in 5 Akten nach dem gleichnamigen Roman in der Gartenlaube. Anfang 8 Uhr. Sonnabendnachmittag 4 Uhr: Kinder-Vorstellung. Eneewittchen. St. Preise. Abends: Volksvorstellung. Am 11. Sonntag: Anfang 6 1/2 Uhr. Der Kattenfänger von Hameln. Darauf: Der Märchenbrunnen. Jeder Erwachsene kann ein Kind frei einführen. Mittwoch, den 26. Dezember. Zum 1. Male: Das Jungfernstift. Operette in 4 Akten nach Baur de Rod von Ernst Ginot. Musik von Jean Gilbert.

Schall und Rauch. Unter den Linden 44. Freitag, den 20. Dezember 1901: Vorstellung vor Serenissimus. Anfang 8 1/2 Uhr. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: **Ueber den Wolken** Invalidenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte.

Castans Panopticum Friedrich-Strasse 165. Grosse Weihnachts-Ausstellung Eine Reise ins Schlaraffenland **Marionetten-Theater** für die Kinderwelt.

Passage-Panopticum. Neu! Der indische Neu! **Doppelmensch!** 4 Arme, 4 Beine, 1 Kopf, lebend.

E. von Wolzogens Bunter Theater (Ueberröttel) Köpnickstr. 68. Gastspiel **Loie Fuller.** Vorstellung des Bunter Theaters. U. a.: Das tote Fischhorn; Die Jullheren; Trumenzauber. Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater. Letzte Woche: **Schön war's doch.** Gr. Berliner Ausstattungsspiel mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern. **Thomas, Josephi, Bender, Frid-Frid, de Vere, !! Bender als Saharel !!** Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gestattet. In Vorbereitung: 'ne feine Nummer!

Casino-Theater. Potzdorferstr. 37. Neu! Das Volksstück: **"Weihnachten"**. Neu! Die Gesangsposse: "Mädchenjäger". Senf. Spec. -Prag. Corradini. Anf. 8 Uhr. Sonntag, 7 1/2 Uhr. Sonntag, Nachmittag 3 Uhr: Der Mädchenjäger.

Apollo-Theater. Sensationeller Erfolg d. Burleske **König Aqua** mit Willy Walden, Georg Kaiser, Emil Richard, Arnold Beck, Martin Kettner, Emmy Kerschert und Siegm. Lieban, dazu die vorzüglichen Dezember-Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater (früher Feen-Palast) Burgstr. 22. Direktion: Winkler u. Fröbel. Bis Weihnachten **Geschlossen!** Wiederöffnung am 1., 2. u. 3. Weihnachtstag **Gr. Fest-Vorstellung. Sensations-Programm.** Bilet-Vorverkauf zu den Festtagen täglich vormittag von 11-1 Uhr.

Sanssouci Kottbuserstr. 4a. Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag **Hoffmanns Norddeutsche Sängers** Nach jeder Seite: Tanz. Neu! Neu! Neu! **Lehmanns Heimkehr.** Entree 50 und 75 Pf. Wochentags Anfang 8 Uhr, Entree 30 u. 50 Pf. Wochentags Vereinsbillet gültig und Tanz frei. Alle andern Tage bleiben die Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

Orpheus-Theater. Friedrichstr. 236. Das neue **Dezember-Programm.** 26 internationale **Künstler ersten Ranges.** Anf. wochent. 8, Sonnt. 7 1/2 Uhr. **Guten Nebenverdienst** durch Handel mit meinen höchst originellen echt japanischen Vögeln mit Federn, Stiel 10 Pf. Große Giraffe baumstamm-Ausstellung. Für Händler und Käuferer hohen Rabatt. 2933* **Reinleikendorferstr. 56 b.** Gegenüber der Weddingstraße.

Passage-Theater.

Anfang: Sonntags 3, Wochentags 5 Uhr. Ende 11 Uhr. **Grosses Festprogramm des Weihnachtsmonats.** **Mme. Jourda** in ihrer grossartigen Imitation der **Sada Yacco.** **Die Harrison-Truppe.** **Hella v. Schmidt, Lotte Sebus, Sisters Pontelli, "Mascagni" etc. etc.** 16 neue erstklass. Nummern.

Cirkus A. Schumann. Freitag, den 20. Dezember, abends präc. 7 1/2 Uhr: **Grosse anjerd. Gala-Vorstellung.** Zum 88. Mal: Ein Sensationschlag I. Ranges. Das größte und glänzendste Pianogen-Schauspiel der Gegenwart in 8 Akten: **Quer durch Paris** Vorher: Die großartigen Dezember-Spezialitäten. U. a.: Neu! Sensationell! Neu! Zum 1. Male in Deutschland **Original-Bicycle Renn-Truppe** vom Alhambra-Theater in London. Welt- und Kunstfahrten auf einer eigens in der Range errichteten Rennbahn mit 65° Steigung. **Neu! Neu!** Unabdinglich fürmlicher Beifall! **The Louisiana Amazon-Guard** genannt: Das schwarze Ueberröttel. **Mr. Thompsons Wunder-Elefanten.**

W. Noacks Theater. Brunnenstraße 16. Freitag, den 20. und Sonnabend, den 21. Dezember: **Geschlossen.** Sonntag: **Mit vollen Segeln.**

Reichshallen. Stettiner Sängers. Zum Schluss: Neu! **O Tanneboom!** Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Cirkus Busch Freitag, 20. Debr., abends 7 1/2 Uhr: "Klondike". Original-Pantom. des Cirkus Busch.

Deutsche Konzerthallen. An der Spandauer Brücke 3. Vornehmst. Vergnügungsal! Täglich: **Internationale Konzerte.** Spezialität: **Doppel-Vorstellung** von nur erstklassigen Kräften. **Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.** Vorzügliche Küche. Gut gepflegte Biere.

Die weltbekannte **Vettfedern-Fabrik** Gustav Zuchtig, Berlin S., Prinzenstr. 46, verleiht gegen Nachnahme garant. neue Vettfedern d. 9/10, 10/10, 11/10, 12/10, 13/10, 14/10, 15/10, 16/10, 17/10, 18/10, 19/10, 20/10, 21/10, 22/10, 23/10, 24/10, 25/10, 26/10, 27/10, 28/10, 29/10, 30/10, 31/10, 32/10, 33/10, 34/10, 35/10, 36/10, 37/10, 38/10, 39/10, 40/10, 41/10, 42/10, 43/10, 44/10, 45/10, 46/10, 47/10, 48/10, 49/10, 50/10, 51/10, 52/10, 53/10, 54/10, 55/10, 56/10, 57/10, 58/10, 59/10, 60/10, 61/10, 62/10, 63/10, 64/10, 65/10, 66/10, 67/10, 68/10, 69/10, 70/10, 71/10, 72/10, 73/10, 74/10, 75/10, 76/10, 77/10, 78/10, 79/10, 80/10, 81/10, 82/10, 83/10, 84/10, 85/10, 86/10, 87/10, 88/10, 89/10, 90/10, 91/10, 92/10, 93/10, 94/10, 95/10, 96/10, 97/10, 98/10, 99/10, 100/10.

Die richtige, wirkliche, grosse Weihnachts-Messe u. Ausstellung Luisenhof, Dresdenstr. 34/35 **ist eröffnet!!** Zu prachtvollen, weihnachtlich decorierten Ausstellungen-Balast kauft jedermann billigst und amüsiert sich köstlich! **Hört! Seht!** 5 Intern. Kapellen, 3 Karussell, Erste Panopticon, Panoptikum, Vorstellung fremder Völker, dressierte Feldhasen und Hühner, Solitudo mit ersten Kräften, Automaten-Ausstellung, Illusionen, China, Boerenspiele unter Leitung von dem Krüger, Kufolinos, Hühnerhöhle, Schiefhände, Vespertheater, Olympia-Billard und vieles andre! **Verkaufs-Centrale für Weihnachtsartikel!** Geöffnet vormittag 10 bis abend 11 Uhr, auch Sonn- u. Feiertag! Entree 10 Pf. Bis 3 Uhr nachmittag Entree frei! Direktion: O. Cranz.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, dass unser Freund und Kollege **Robert Paschmann**, Klobepolsterer, aus der Firma Kantner, am 16. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 22., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes aus statt.

Daufragung. Allen, welche bei der Beerdigung meiner lieben Frau **Auguste Anders** geb. **Frauchen** mit ihre Teilnahme bewiesen, besonders den Trägern sowie allen meinen werten Verwandtenkollegen hierdurch meinen herzlichsten Dank. **Reu-Beichtner, Hermann Anders.**

Arbeiter-Radfahrer-Verein "Berlin" Sonntag, den 22. d. M., nach Pankow 1 Uhr Brandenburger Thor. Am 1. und 2. Feiertag: Start 1 Uhr Brandenburger Thor. 3. Feiertag, abends 8 Uhr, im H. Saale des Herrn Steiert, Kündersstr. 21, Weihnachtsfeier und Besichtigung. Es wird gebeten, zu derselben ein Geschenk im Werte von mindestens 25 Pf. mitzubringen. Geschenke sind ausgeschlossen. 13/15

Damen-Mäntel enorm billig. Jetzt nach beendeter Engros-Saison verkauft die Damen- u. Kinder-Mäntel-Fabrik **Heinrich Rackwitz**, Niederwallstrasse 23-29; I. Etage, pl. a. Spittelmarkt, 4. Haus rechts, heute Freitag, den 19. Dez., morgen Sonnabend bis abends 10 Uhr; Sonntag, den 21. Dez. bis abends 8 Uhr geöffnet, folgende Konfektion zu spottbilligen Preisen. von Carl Eleg. Winter-Jackets, g. Serabell, 5,75; Chiko Paletots in schwarz u. farbig, 8,50; Mod. Volant-Paletots in Futter, 22,50; Kinder-Jackets u. Palet. in a. Gr., 4,75; Wattierte Röder u. Capes, 8,75; Hocheleg. Theater-Röder u. Capes, 14,50; Eleg. Golf-Capes in weich. Stoff, 8,75; Capes in Eskimo, Pilsch, 22,50.

Oderbruch, Gänse 58 und 60 Pf. **Hasen** von 3,25 an, geflügelt von 3,75 an, und **Spießerküchen, Reh-, Rinken und Blätter, Hirsch- und Wildschwein** pflanzweise. 3080* **A. Ritschl, Dresdenerstr. 61.** Unverfälscht, deutschen Bienenhonig, beste Qualität, verk. 9 Pf. netto zu 6,50 Br., 5 Pf. 4 M. fr. Nach. Garant. Rückh. 2931*

Herren **J. Kurzberg,** **Klub-Pfeifen,** Jagd-, Turner-, Marsch-Pfeifen. Feine Wiener Moerschbaum-Spitzen. Spazierstöcke, Schachspiele, Damendretel etc. **Scheunert & Wirth** Berlin O. jetzt Blomstr. 4/5. Laden.

Herren-Kragen, rein leinen, garantiert 4 fach, sämtliche neue Fassons, in allen Breiten Stück 15 Pf., so lange der Vorrat reicht. **Geschlossene Kragen** per Dutzend 3 M. u. 3 M. 50 Pf. **Manschotten, prima, garantiert 4 fach, 1 1/2 Dutzend 2,25 Mark,** **Cheerhemden, Servietten, Krautwatten** in größter Auswahl. **Teicotagen, Strümpfe, Detailverkauf** zu Engrospreisen. 2942L* **Ernst Marcuse, Münzstrasse 23.**

Charlottenburg. **H. Schmerberg** 2405* **Wilmersdorfer-Strasse 127,** Uhrmacher und Goldarbeiter. **Großes Lager von Uhren und Goldwaren** zu außerst billigen Preisen. **Optische Artikel, Brillen** werden schmerzlos gefordert.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15: **Sitzung der Orts-Verwaltung.** Am 3. Weihnachtsfeiertag, nachmittags 4 Uhr: **Weihnachts-Feier** in Sellers Festsälen, Koppenstr. 29. **Konzert und Ball.** Auftreten der Gesellschaft Strzelowiez, Kinderbescherung. Jedes Kind erhält ein Geschenk. Bilet auf allen Jahreshellen und auf dem Bureau im Gewerkschaftshaus, Zimmer 11. **Tanz frei. Entree 50 Pf.**

Verband des technischen Bühnen-Personals. Sonnabend, den 21. Dezember, abends 11 Uhr, **Neue Ross-Strasse 3:** **Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Bericht der Petitionskommission. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Bericht des Vorstands. **Der Vorstand.** Um zahlreichen Besuch bittet.

Tischlerverein zu Berlin. Am 1. Feiertag in Schindlers Festsälen, **Hansenheide 21:** **Weihnachts-Vergnügen.** (Konzert und Ball!) 201/5 **Zum Beise des Extra-Unterstützungsfonds.** Anfang 8 Uhr. Bilet 30 Pf. bei allen Vorstandsmitgliedern zu haben. **Nächste Versammlung: Sonnabend, den 28. Dezember.** **Der Vorstand.**

Konsumverein Berlin Süd. Sonnabend, den 21. Dezember: **Eröffnung der 4. Verkaufsstelle** Tempelhof, Berlinerstr. 76. Ferner befinden sich noch Verkaufsstellen: **Arndt-Strasse 5, Berlin, Gräfe-Strasse 40, Berlin, Kreuzberg-Strasse 36-38, Berlin.** Eintrittsgeld von 50 Pf. berechtigt zum Einkauf! **Der Vorstand.** 268/16

Gewerkschaft der Maler Berlins Am 25. Dezember d. J., vormittags 9 Uhr (1. Weihnachtsfeiertag): **Sondervorstellung in der "Urania"** Taubenstrasse 48/49 zu welcher die Kollegen nebst ihren Familien sowie die Genossen und Förderer der Organisation freundlichst eingeladen werden. Bilet 50 Pf. sind bei folgenden Lieferanten zu haben: Am Nordend bei Rosen, Ruppinerstr. 42; Ecke Schönholzerstr.; im Nordwesten bei Odm, Turmstr. 69; im Süden bei Schmidt, Blücherstr. 42; im Osten bei Rertow, Kündersstr. 26; im Centrum bei Odm, Stralauerstr. 48; in Charlottenburg bei Peil, Goethestr. 78; Ecke Wolmannstr.; in Schöneberg bei Krüger, Grunewaldstr. 110; in Pankow beim Genossen Feigler, Breiterstr. 15. 155/11 **J. A. E. de Prie, Mit-Roadit 132 v. III.**

Bejet und Staunet

Licht und Wahrheit über Jesus Christus. Eine Offenbarung über die Unternehmung des Neuen Testaments und der Strenge geschichten durch die Schriftgelehrten des Taland. Unter diesem ausführlichen Titel erscheint in Paris der erste Teil eines von Michael Rabini Stinovy verfassten Werkes, das nichts weniger beweisen will, als - das Jesus Christus nie gelebt hat, daß seine Apokalypse ebenfalls nur in märchenhafter Weise überlieferte Geschehnisse sind und daß sowohl das Neue Testament wie auch die 6 ersten Kirchenbücher und alle Bücher der damaligen Kirchenbücher von den Rabbinen, von den Schriftgelehrten des Taland verfaßt und den Heiden unterworfen worden sind, nur um eine neue, die christliche Religion, zu gründen, welche die jüdische Religion schlingen sollte. Ich bin seit 28 Jahren Buchhändler am diesigen Plage, habe schon viele, viele sensationelle Bücher gelesen, aber so ein sensationelles Buch wie Licht und Wahrheit über Jesus Christus habe weder gehört noch gelesen. Dieses sehr interessante und sensationelle Buch kostet 3.- und ist zu beziehen durch die Buchhandlungen oder direkt bei dem Verleger César Schmidt, Buchhändler in Zürich, Schweiz.

Betriebs-Werkstätte für Knaben-Konfektion. **Gustav Zaaser, Brunnenstr. 84.** **Knaben-Anzüge und Paletots** in grösster Auswahl zu Engros-Preisen. 2787* **Anfertigung nach Maß in kürzester Zeit. Großes Stofflager.**

Puppen-Fabrik **Otto Kreyszig** 2641* **Brunnenstrasse 119, Laden und 1. Etage.** **Grösstes Special-Geschäft für Puppen.**

Würzburger Hühneraugenmittel von **Dr. H. Unger.** - Wegen 30 Pfennig aus 10 Pf. in Lösung frei ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 3 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. Enthält Salicylsäure u. indischen Dantestoff. **Dr. H. Unger in Würzburg.** Hauptdepot in Berlin (20 Pf.): Salomon-Apotheke, Charlottenstraße. Greif-Apotheke, Barmstr. 33. - München: Schützen-Apotheke. - Stuttgart: Hirsch-Apotheke. - Dresden: Victoria-Apotheke. 2744L*

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel **Karlstrasse.** Nur erstklassige **Direktion: Specialitäten, J. M. Hütt.** Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung.**

Am vorzüglichsten geeignet als

Weihnachts-Geschenke

für alle Berufs- und Gesellschaftsklassen!

Tait's Diamanten

sind die beste Imitation der Welt,

und werden in Folge ihres unerreichten Glanzes und Feuers von Leuten getragen, die berechtigt sind, die höchsten Ansprüche an Schmucksachen zu stellen.

Sie haben die Welt in Erstaunen
und Entzücken versetzt.

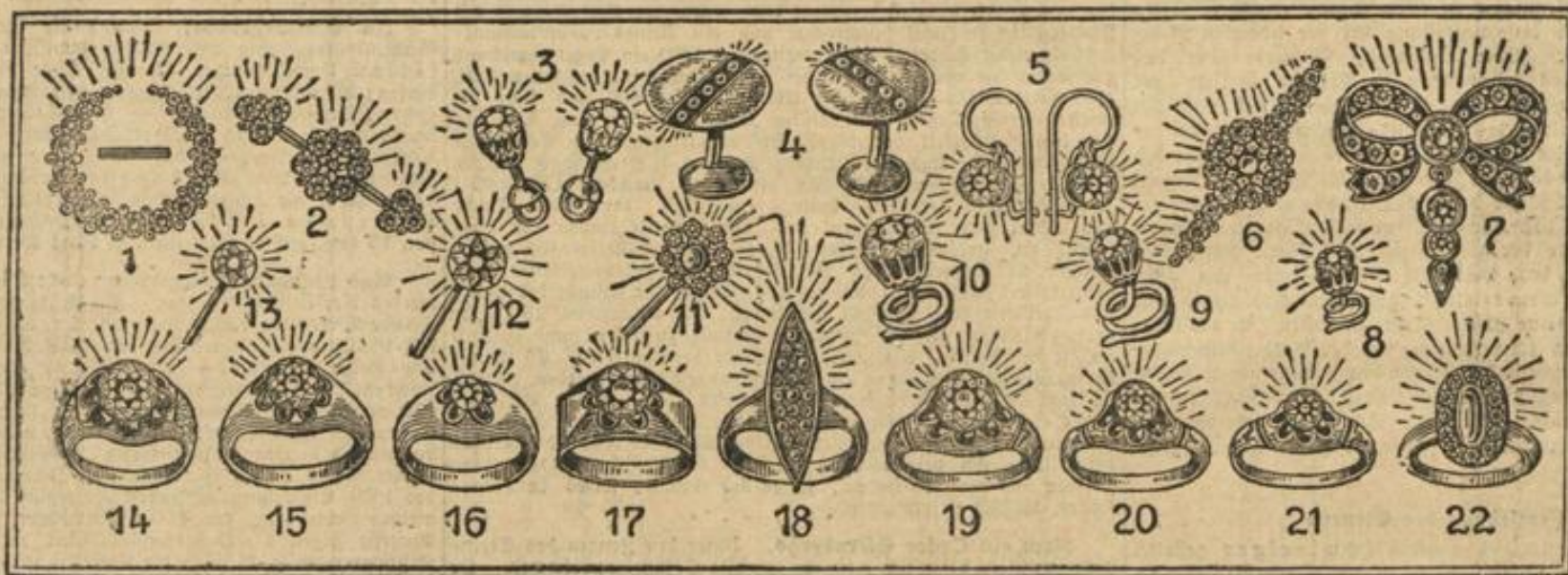
Kommen und sehen Sie wie sie funkeln.

Ringe, Broschen, Hemdenknöpfe, Ohrringe, Cravattennadeln,
Haarnadeln, Halsketten, Schnallen, Manschetten-Knöpfe
in ungezählten Mustern

22 Ausnahme-Gegenstände 22

6

Mark
pro
Stück.



6

Mark
pro
Stück.

Postbestellungen

an unsere Adresse Berlin W., Friedrichstr. 169, werden prompt und sorgfältig ausgeführt. Jeder hier abgebildete Gegenstand wird nach Empfang von 6,30 Mark franco, oder gegen Nachnahme von 6,50 Mark versandt.

Nichtconvenirendes wird bereitwilligst kostenlos umgetauscht.

Tait's American Diamond Palace BERLIN (10582)

Friedrichstrasse 169
zwischen Behren- und Französische Strasse.

Friedrichstrasse 181
zwischen Mohren- und Taubenstrasse.

Central-Hotel, Laden 15
zwischen Dorotheen- und Georgenstrasse.